

# Protokoll Nr. 42

## über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

**Dienstag, 29. Juni 2010**  
16.00 - 19.10 Uhr  
im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsidentin Isabelle Reinhart  
Protokoll: Ruth Schorno

---

### Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 6. November 2009 betreffend 2000-Watt-Gesellschaft  
Antwort des Stadtrates Nr. 2096 vom 4. Mai 2010
4. Bebauungsplan Baarerstrasse 74-88/Industriestrasse 31A, Plan Nr. 7085: 1. Lesung (Ersetzt Plan Nr. 7052)  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2095 vom 4. Mai 2010  
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2095.1 vom 25. Mai 2010
5. Wärmeverbund Uptown-Schutzengel: Objektkredit  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2093 vom 13. April 2010  
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2093.1 vom 25. Mai 2010  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2093.2 vom 7. Juni 2010
6. Fernsehsendung „SF bi de Lüt-live“ in Zug; Nachtragskredit  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2105 vom 1. Juni 2010  
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2105.1 vom 7. Juni 2010

7. Postulat der FDP-Fraktion vom 7. September 2009 betreffend öffentlich zugängliches gratis WLAN in der Stadt Zug  
Antwort des Stadtrates Nr. 2102 vom 1. Juni 2010
8. Postulat der CVP-Fraktion vom 23. Oktober 2009 betreffend preisgünstige Wohnungen an der Zugerbergstrasse/Guggitalring  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2108 vom 15. Juni 2010
9. Interpellation Vroni Straub-Müller und Ignaz Voser, beide Alternative-CSP, vom 2. Oktober 2009 betreffend Zugerbergstrasse 52 und 54 sowie Guggitalring 5  
Antwort des Stadtrates Nr. 2109 vom 15. Juni 2010
10. Kinder- und Jugendkonzept der Stadt Zug  
Bericht des Stadtrates Nr. 2094 vom 4. Mai 2010
11. Mitteilungen

## **Eröffnung**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die GGR-Mitglieder Martina Arnold, Urs Bertschi und Manuel Brandenburg (ab 19 Uhr anwesend); die übrigen 37 bzw. 38 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

## **1. Genehmigung der Traktandenliste**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass keine Abänderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

## **2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Es sind keine eigentlichen Vorstösse und Eingaben eingereicht worden. Der Genehmigungsentscheid des Regierungsrates zur Ortsplanungsrevision liegt aber seit heute, 11 Uhr, vor. Der GGR ist mit einem Ausdruck davon bedient worden. Leider wurde die Presse bereits gestern mittels Medienmitteilung informiert. Die Frist für eine allfällige Verwaltungsgerichtsbeschwerde beträgt 30 Tage. Das Büro des GGR, welches gemäss § 7 Abs. 4 GSO den Rat in Beschwerdesachen vertritt, entscheidet, ob eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben wird. Es ist folgendes Vorgehen vorgesehen: Die Stadtverwaltung wird den Entscheid analysieren und dem Büro jene Punkte unterbreiten, welche mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht allenfalls angefochten werden sollen. Die Analyse des Genehmigungsentscheides wird Anfang nächster Woche dem Stadtrat unterbreitet. Anschliessend werden die Analyse der Verwaltung und die Haltung des Stadtrates an einer ausserordentlichen Bürositzung Mitte nächster Woche beraten.

### **3. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 6. November 2009 betreffend 2000-Watt-Gesellschaft**

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2096

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 1860 f. des GGR-Protokolls Nr. 34 der Sitzung vom 17. November 2009.

Astrid Estermann ist jetzt 40 Jahre alt und vermutlich noch zu Lebzeiten betroffen davon, dass das Erdöl so knapp wird, dass es nur noch für wertvolle Technologien verwendet werden kann, weil es auf dieser Erde kaum mehr gut erreichbare Reserven gibt. Diese Überzeugung teilt die Fachwelt ebenso wie auch Vertreter in diesem Saal aus verschiedenen Fraktionen. Für die Fraktion Alternative-CSP hat dies dazu geführt, eine Interpellation an den Stadtrat zu richten und ihn aufzufordern, sich zur 2000-Watt-Gesellschaft zu bekennen und wie z.B. die Stadt Zürich, sich ein entsprechendes Etappenziel bis ins Jahr 2050 zu setzen. Der Stadtrat hat in seiner ausführlichen Beantwortung und vor allem in seiner Energiestrategie 2050 Zahlenmaterial zusammengetragen und wertvolle Überlegungen zur Zielerreichung gemacht, sich dann aber nicht explizit, sondern nur indirekt zum Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft bekannt. Eine offene Zielformulierung bis ins Jahr 2050 ohne Definition von Zwischenzielen ist wertlos. Vor 150 Jahren begann die Industrialisierung. Sich für einen solchen Zeitraum Ziele zu setzen, bedeutet nichts tun zu wollen. Genau so könnte sich der Stadtrat zum Ziel setzen, die Schweiz solle bis dahin Fussballweltmeister werden. Dazu können alle ja sagen, und niemand braucht etwas zu unternehmen. Die Stadt braucht jetzt Massnahmen, messbare Ziele, die in wenigen Jahrzehnten greifen. Interessant ist auch, dass der Stadtrat in der Beantwortung der Frage 6 meint, dass es für eine grosse Stadt wie Zürich einfacher ist, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft umzusetzen als für eine kleine Stadt wie Zug. Ist es nicht vielmehr umgekehrt, dass nämlich ein kleiner Ort flexibler und agiler agieren kann als eine grosse Stadt? Darauf baut u.a. eines der Hauptargumente für den Föderalismus. Diese Begründung ist also mehr als fragwürdig und zeugt von wenig Selbstwertgefühl. Aber das zeigt sich auch in den verschiedenen Leserbriefen, die in letzter Zeit publiziert wurden. Die Schreibenden wollen oder können immer noch nicht glauben, dass man schon bald gezwungen wird, umzudenken. Wenn man sich aber vor Augen führt, wie wenige Jahre erst Erdöl gefördert wird und wie der Ölbedarf weiterhin ansteigt, so ist angesichts der versiegenden Quellen bzw. des so genannten «Oil peak» klar, dass es keine 40 Jahre mehr gehen wird, bis das Erdöl zu einer raren Energiequelle wird. Die Schweiz deckt aber über 55% ihrer Energie mit Erdöl ab. Immer mehr werden die Menschen gezwungen sein, an noch schlechter zugänglichen Orten nach Erdöl zu bohren, und somit kommt es zu solchen Erdölkatastrophen, wie es nun gerade am Golf von Mexiko erlebt wird. Das Erdöl wird in den nächsten Jahren damit auch teurer und der Import unsicherer. Viele suchen dabei den Ausweg in die Atomenergie als Allerheilmittel. Dabei muss man vor Augen halten, dass nach wie vor keine Lösung für die hochradioaktiven Abfälle gefunden wurde. Auf Zehntausende von Jah-

ren hinaus. Rückblickend wäre dies der Zeitraum hin bis zu den Neandertalern. Ein Zeitraum, der sich jeglicher Kontrolle bzw. Machbarkeitsprognose entzieht. Es ist wahnwitzig, für solche Zeiträume bürgen zu wollen, bzw. unkalkulierbare Risiken für die gesamte Menschheit zu schaffen. Aber ein ebenso wichtiger Grund ist, dass nicht nur in der Schweiz viele den Ausweg in der Atomenergie sehen, sondern weltweit ganz viele andere Länder ebenfalls. Dabei geht aber eines vergessen: Auch Uran gibt es nicht in rauen Mengen auf der Erde. Der globale Ausweg in die Kernenergie führte rein ressourcenbedingt ebenfalls in absehbarer Zeit in die Sackgasse. Ein Umdenken ist notwendig: früher oder später, ob es gefällt oder nicht, da hilft keine Vogel-Strauss-Politik. Astrid Estermann hat in den letzten Wochen immer wieder gehört, dass viele die Meinung vertreten, dass es doch nichts bringt, wenn die Stadt Zug sich nun solche Ziele setzt. Es ist richtig, dass das Energiesparen in der Stadt Zug allein keine grosse Wirkung weltweit zeigt. Aber es geht nicht primär darum. Nebst einer Absage an St.-Florians-Politik geht es darum, dass nun die Problematik selber in die Hand genommen werden kann, bevor man dazu gezwungen wird. Es geht darum, dass nun genügend Zeit besteht, umzudenken, umzuplanen, umzulenken und somit einen Vorsprung haben gegenüber denjenigen, die dies nicht können oder wollen. Die Stadt Zug kann jetzt die Weichen stellen und sich auch hier innovativ und zukunftsweisend zeigen. Dabei stehen Energiequellen, die nicht versiegen, im Vordergrund: Sonne, Wind, Erdwärme, Luft usw. Unternehmen, die alternative Energien fördern, soll gezeigt werden, dass sie hier in Zug Willkommen sind, dass Zug modern baut und bereit ist, in erneuerbare Technologien zu investieren. „Schaffen wir neue und innovative Mobilitätskonzepte. Schaffen wir die entsprechenden Gesetze, um Energie zu sparen und anderen Energiequellen zu suchen. Sensibilisieren wir jetzt bereits die Bevölkerung und zeigen ihnen auf, wie in Zukunft mit unserer Energie umgegangen werden kann. Spannen wir jetzt mit anderen Gemeinden, dem Kanton und anderen Kantonen zusammen.“ Das bedeutet eben nicht, wieder in die Steinzeit zurückzukehren. Diejenigen, die noch nicht gemerkt haben, was in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommt, die sind von vorgestern, die sind konservativ, die stehen still – sowohl denkerisch als irgendwann auch real – spätestens, wenn ihre Ölheizung ohne Öl nicht mehr funktioniert, wenn Autos ohne Verbrennungsmotoren fahren müssen. Das kann es nicht sein: Die Stadt Zug soll also aus genannten Gründen eine Vorreiterrolle einnehmen und das Heft heute und jetzt in die Hand nehmen und sich zukunftsgerichtet und innovativ zeigen: Für die Stadt Zug, die Welt, für die jetzige und kommende Generationen.

Werner Villiger beantragt Diskussion.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion sieht das natürlich etwas anders als die Fraktion der Alternativen-CSP. Die 2000-Watt-Gesellschaft und die Energiestrategie der Stadt Zug sind natürlich abendfüllende Themen. Werner Villiger wird sich jedoch kurz fassen, ei-

nige grundsätzliche Feststellungen zum Thema machen und im Namen der SVP-Fraktion einen Antrag stellen. Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates grundsätzlich einverstanden. Die Antwort gibt einen Überblick über den Stand der Technik und enthält keine utopischen Ziele zur Reduktion des Energiebedarfs, die nicht eingehalten werden können. Dies betrifft vor allem die Antworten zur Frage 6 und 7, eine Zusammenarbeit mit dem Kanton ist sicher sinnvoll. Werner Villiger hält die von der Alternative – die Grünen Stadt Zug, propagierte 2000-Watt-Gesellschaft für nicht zweckmässig und für nicht realisierbar. Selbstverständlich geht es um den Gesamtenergieverbrauch, da hat Werner Villiger in seinem Leserbrief zu stark vereinfacht und muss Stefan Hodel Recht geben. Trotzdem: Eine 2000-Watt-Gesellschaft funktioniert nur mit diktatorischen Umerziehungsprogrammen, Verboten und Strafsteuern. Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft verlangt also viele sehr unpopuläre Massnahmen die die persönlichen Freiheiten stark einschränken und verursacht enorme Kosten. Man müsste seine Lebensgestaltung auf das Niveau des Jahres 1960 zurückstufen, damals war die Schweiz bereits eine 2000-Watt-Gesellschaft. Dieser nostalgische Weg zurück ist zum Scheitern verurteilt. Entscheidend ist nicht die Energieleistung, sondern die Umweltbelastung durch die Energienutzung muss minimiert werden. Es gilt also nicht ein Watt, sondern ein Klimaziel zu definieren, wie das der Nationalrat mit 20% CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 vorgesehen hat. Nun zur Energiestrategie: Die SVP-Fraktion ist einverstanden mit der Feststellung, dass ein Alleingang der Stadt Zug nichts bringt, sondern nur eine Zusammenarbeit mit dem Kanton und den Gemeinden den angestrebten Erfolg bringen kann. Dass mit der Kernenergie praktisch eine CO<sub>2</sub>-Energie zur Verfügung steht, wird zu wenig berücksichtigt, denn Tatsache ist, dass Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die Substitution fossiler Brennstoffe paradoxerweise oft zu einem Anstieg des Stromverbrauchs führen. Beispiele dafür sind der Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen für die Beheizung von Wohnräumen. Weitere Faktoren für eine Steigerung des Stromverbrauchs sind das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum. Damit die Stadt Zug weiterhin eine lebenswerte Stadt bleibt und weiterhin im Städte-Ranking Platz 1 belegt, ist eine langfristig gesicherte und wirtschaftliche Versorgung mit elektrischem Strom unbedingt Voraussetzung. Damit dieses Ziel erreicht wird, gilt es die Energie effizienter einzusetzen, die Möglichkeiten der neuen erneuerbaren Energien, wie Photovoltaik, Wind und Biomasse zu nutzen, aber auch die bestehenden Kernkraftwerke zu ersetzen. Die SVP-Fraktion befürwortet das Schweizer Erfolgsrezept der letzten Jahre: den zuverlässigen und wirtschaftlichen Mix aus Wasserkraft und Kernenergie neu ergänzt durch Strom aus Wind, Sonne und Biomasse. Damit können ehrgeizige CO<sub>2</sub>-Sparziele am besten erreicht werden.

Karin Hägi: Die SP-Fraktion beglückwünscht den Stadtrat zur Energiestrategie 2050 der Stadt Zug. Mit diesem Papier wird ein weiterer bedeutungsvoller Schritt vorwärts getan. Das Erringen des Labels Energiestadt war schon 1999 ein wichtiges Bekenntnis zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Klar ist die Stadt Zug nur ein kleines Stückchen im globalen Markt, aber wenn alle das Handeln dem nächstgrösseren überlassen, passiert gar nichts. Dies wurde anlässlich der Klimakonferenz in Kopenhagen letztes Jahr leider nur zu deutlich bewiesen. Jede einzelne Person bewirkt durch ihr Handeln etwas.

Bewusstes Einkaufen von Bio oder regionalen Produkten bewirkt eine gezielte Förderung derselben. Und plötzlich versuchen sich die Grossverteiler mit Angeboten aus diesen Sektoren zu überbieten, die sie früher nur als Nischenprodukte mitführten. Dank der guten Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr kann in der Stadt Zug das Auto getrost auch mal zu Hause gelassen werden. Und die vernetzten Rad- und Fusswege führen manchmal sogar am schnellsten zum Ziel. Auch das von der Stadt Zug eingesetzte Energie-Förderprogramm 2010 ist eine wichtige Anschubhilfe für nachhaltiges Bauen und Sanieren. Die bessere Gebäudehülle zahlt sich dank geringeren Heizkosten immer aus. Und selber produzierter Solarstrom bringt im besten Fall sogar Geld ein. Einen sehr grossen Anteil am Erreichen der Ziele für 2050 hat die Energieversorgung. Hier ist die Lösung klar bei erneuerbaren Energiequellen statt bei den fossilen Brennstoffen zu finden. In Zug kann mit dem Bezug von Lorzen-, Bio- oder Solarstrom jeder Haushalt seinen Teil dazu beitragen. Denn wenn die Nachfrage nach nicht-fossil erzeugter Energie da ist, muss die WWZ dieser nachkommen. Die Zielsetzung einer 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet nicht, den Lebensstandard und den Komfort auf die Verhältnisse von 1960 zurück zu schrauben, sondern vielmehr, dass auf der Basis eines modernen Lebensstils mit innovativen technischen Lösungen und gesellschaftlichen Reformen die Effizienz des Energieeinsatzes dramatisch verbessert und so der Energieverbrauch gesenkt wird. Vieles, wie Passiv- oder auch nur Minergie-Häuser, verbrauchsarme Fahrzeuge oder hocheffiziente Produktionsanlagen, ist heute schon ohne Einbussen möglich. Dies bestätigt auch vorzüglich die heute noch zu behandelnde Vorlage 2093, Wärmeverbund Uptown-Schutzengel sowie die vorhin genannten Beispiele. Nun, allein mit Worten ist es nicht getan, es müssen Taten oder nun eben Massnahmen folgen. Alle wollen die Erde in einem guten Zustand an die nächste Generation weitergeben. Bei einigen Personen, auch hier im Saal, ist sich Karin Hägi aber allerdings nicht ganz so sicher. Die SP-Fraktion jedenfalls steht geschlossen hinter den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Wenn in den grossen und globalen Zielen einigermaßen Einigkeit besteht, geben umso mehr die Details bei der Umsetzung zu reden. Die Einen suchen das Heil in Vorschriften, Bürokratie und Verbeamtung, die Anderen setzen auf den Markt. Urs B. Wyss zählt sich eher zur zweiten Gruppe und sieht sich in seiner Auffassung dadurch bestärkt, dass dem Rat ein mehr oder weniger suspektes Papier unterjubelt wird (Energiestrategie). Man weiss nicht, ob sie vom Stadtrat genehmigt ist oder nicht. Offenbar macht sich die Verwaltung mehr und mehr selbständig. Dem Rat wird die Energiestrategie zwar als Beilage zu einer Interpellation zugestellt, aber nicht offiziell mit dem Begehren der zustimmenden oder ablehnenden Kenntnisnahme. Die Verwaltung macht, was sie will. Wenn man diese Strategie im Detail prüft, entsteht das unangenehme Gefühl, dass sich hier eine neue Bürokratie etablieren wird. Bei Ziff. 5.1 wird vorgeschlagen, dass ein Kernteam für die Planung und Realisierung der 1. Phase zusammengestellt wird. Es folgen dann also offensichtlich noch weitere Phasen. Der Wasserkopf bläht sich bei jedem Schritt weiter auf. Das ist nicht die Energiepolitik, die die Zustimmung von Urs B. Wyss findet.

Stadtrat Andreas Bossard: Wie Werner Villiger richtig sagt, sind in diesem Papier keine utopischen Ziele formuliert. Der Kanton wünscht eine Strategie und hat am 25. Mai 2010 dem Stadtrat auf die erhaltene Energiestrategie 2050 hin Folgendes geantwortet (Zitat): „Gerne haben wir von der Energiestrategie 2050 der Stadt Zug Kenntnis genommen. Wir erblicken darin auch den Willen der Stadt, die ihr und den anderen Einwohnergemeinden mit § 2 Abs. 3 Energiegesetz vom 1. Juli 2004 (BGS 740.1) übertragene Aufgabe wahrzunehmen, nämlich die Energieversorgung zu ermöglichen und zu sichern..... Zu unseren Legislaturzielen 2010 - 2014 gehört, einen sparsamen Umgang mit Energie zu erreichen, namentlich durch das laufende Förderprogramm, die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer und die Überarbeitung des Energieleitbildes. Letzteres wird die zuständige Baudirektion im Verlaufe des Jahres an die Hand nehmen. Sie wird dabei Ihre Energiestrategie 2050 berücksichtigen und die Einwohnergemeinden, nichtallein die Stadt Zug, in die Arbeit einbinden.“ (Zitatende). Der Stadtrat ist erfreut, dass der Kanton zusammen mit den Gemeinden künftig in dieser Beziehung am gleichen Strick ziehen will. Messbare Ziele möchte der Stadtrat später erarbeiten. Stadtrat Andreas Bossard ist überzeugt, dass es ohne Umerziehungsprogramme Lösungen gibt. Die Natur wird uns zwingen, vor 2050 Lösungen zu finden. Weitere technische Lösungen und auch ein Stück „Kürzertreten“ werden nötig sein. Vielleicht ist das der Markt, den Urs B. Wyss fordert.

**Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 6. November 2009 betreffend 2000-Watt-Gesellschaft beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## **4. Bebauungsplan Baarerstrasse 74-88/Industriestrasse 31A, Plan Nr. 7085: 1. Lesung (Ersetzt Plan Nr. 7052)**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2095

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2095.1

### **Eintreten**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und demnach Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### **Detailberatung**

Martin Spillmann, Präsident BPK, hält in Anbetracht dessen, dass keine Folien vorliegen, fest, dass der BPK-Präsident an sich in der gleichen Manier wie der Präsident der GPK dazu hier wäre, die Vorgaben des Stadtrates zu zerzausen und nicht unbedingt, die Vorlage vorzustellen und Folien mitzubringen. An sich vertritt der Stadtrat die Geschäfte. Der Präsident der BPK gibt die Meinung der Kommission bekannt.

Der Bebauungsplan Baarerstrasse 74-88 ist noch jung. Wieso diese Änderung? Damals waren vor allem Bauabsichten im Süden vorhanden. Das Bauvorhaben des Obstverbandes war damals noch nicht vorhanden, zumindest nicht ausgereift. Da dies inzwischen erfolgt ist, liegt nun der Antrag für die Änderung des Bebauungsplanes vor. Die Änderung des Bebauungsplanes bringt nach Ansicht der BPK Vorteile: Es entsteht eine bessere städtebauliche Situation dadurch, dass einerseits der Kopfbau betont wird und andererseits eine Lücke zwischen den Gebäuden entsteht. Damit wird der rückwärtige Raum bzw. Garten zur Schule hin miteinbezogen. Es gibt eine grössere Verdichtung im Zentrum und nach der persönlichen Meinung von Martin Spillmann ein ästhetisch tolles Hochbauprojekt. Nicht zuletzt gibt es eine bessere Verwertung des städtischen Grundstückes 483. Vor rund zwei Jahren hat der GPK-Präsident kritisiert, dass die Stadt Zug der schlechteste Grundstückshändler des ganzen Kantons sei und man dieses Grundstück viel besser verwerten könne als damals vorgesehen. Das Grundstück liegt jedoch nicht sehr gut. Der Wert eines solchen Grundstückes entspricht dem Nutzen, den das Grundstück bringt. Durch die Aufteilung auf die Grundstücke der beiden ortsansässigen Nutzer ergibt sich eine bessere Nutzung und dadurch auch ein lukrativeres Geschäft. Aus den Grundlagen ist ersichtlich, dass das Grundstück je hälftig auf die Grundstücke des Obstverbandes und der Familie Kistler aufgeteilt wird. Der Nutzung entsprechend bezahlen beide Eigentümer einen bedeutend höheren Beitrag als damals vorstellbar war. Die Tiefgarage ist auf 2 Untergeschossen geplant. Entgegen dem vorherigen Plan erfolgt die Abtrennung von den Gebäuden auf dem Grundstück Garage Iten. Neu entstehen zwei Einfahrten. Die bestehende Einfahrt unter den Gebäuden der Garage Iten

war ursprünglich provisorisch und wird wegen der Abklassierung der Baarerstrasse durch die Nordzufahrt für diese Dauer bewilligt. Die neue Einfahrt erfolgt aber ab Matenstrasse. Es entsteht ein 5-geschossiger Sockelbau, welcher sowohl auf der nördlichen wie auch auf der südlichen Seite ungefähr die gleiche Höhe wie die weiteren Gebäude an der Baarerstrasse aufweist. In diesen 5 Geschossen werden Büros entstehen. In den 11 Geschossen darüber entstehen Wohnungen. Die Gesamthöhe beträgt 50,3 m und die Ausnutzung ca. 3.5. Das Gebäude steht gemäss allen bisherigen Studien im Perimeter für Hochhäuser und entsprechend der Hochhausstudie Zug-Baar am richtigen Standort. Damit entsteht eine bessere städtebauliche Situation. Es entstehen mehr und qualitativ hoch stehende Wohnungen. Mit dem vorgesehenen Projekt entsteht ein gutes, zeitgemässes Wohn- und Geschäftshaus an zentraler Lage. Die BPK empfiehlt einstimmig die Annahme bzw. Festlegung des Bebauungsplanes in 1. Lesung.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion unterstützt den Bebauungsplan, könnte sich aber durchaus ein höheres Gebäude vorstellen, liegt doch dieses an der Achse Zug - Baar und passt ins Hochhauskonzept. Die SVP-Fraktion ist für ein verdichtetes Bauen. Hier wäre die Möglichkeit vorhanden, doch entscheidet immer auch der Bauherr mit, wie hoch er bauen will. Die SVP-Fraktion unterstützt sowohl den Antrag des Stadtrates und der BPK.

Urs E. Meier: Die Fraktion Alternative-CSP erachtet diese Bebauungsplan-Änderung als sinnvoll und wird für deren Festsetzung stimmen. Dass man sich für das Hochhausleitbild die dafür notwendige Zeit nimmt, ist richtig. Es ist trotzdem etwas unschön, wenn der Rat zuvor in rascher Kadenz Bebauungspläne mit Hochhausstandorten festsetzt. Der Verkauf des städtischen Landes wird eine separate Vorlage zur Folge haben. Die Fraktion Alternative-CSP erachtet es als selbstverständlich, dass der Verwendungszweck des Verkaufserlöses zugunsten des preisgünstigen Wohnungsbaus darin unwiderruflich festgeschrieben wird.

Franz Weiss: Der alte Bebauungsplan ist zwar noch nicht alt, er wurde aber nur teilweise umgesetzt. Mit dem neuen bietet sich die Möglichkeit der inneren Verdichtung der Stadt, was die CVP-Fraktion natürlich begrüsst. Es freut sie, dass damit zusätzlicher Wohnraum im Zentrum geschaffen wird. Der Standort für ein Hochhaus ist für die CVP-Fraktion unbestritten und passt auch ins Hochhausleitbild, welches bald vorliegt. Die CVP-Fraktion stimmt dem Bebauungsplan in 1. Lesung zu.

Karin Hägi: In der SP-Fraktion wurde diese Vorlage ausgiebig diskutiert. Zur Debatte gaben im Speziellen drei Themen Anlass:

- Die Erweiterung des Bebauungsplanperimeters nach Osten
- Der Teil-Verkauf des städtischen Grundstücks
- Das Hochhaus

Bei der Erweiterung des Perimeters ist nicht erkennbar, worin der Mehrwert für die Öffentlichkeit besteht. Das Schulgelände ist in der Zone ÖIB, das Gebiet hinter dem Schulgebäude ist jetzt schon öffentlich zugänglich. Daran ändert sich nichts, ausser,

dass das Teilstück neu im Bebauungsplan integriert ist und die Freiflächen zusammenhängend gestaltet werden. Der Verkauf eines Teils des städtischen Grundstücks stiess in der SP-Fraktion auf wenig Begeisterung. Schon wieder geht ein Stück Land, wenn auch ein kleines, aus dem städtischen Portfolio verloren. Wenigstens ist der Erlös zweckgebunden für den preisgünstigen Wohnungsbau. Noch eine Bemerkung zur Argumentation betreffend der Grösse oder Kleinheit des zu verkaufenden Grundstücks: 12 m Breite und 22,5 m Bautiefe ergeben 270 m<sup>2</sup>, und auf dieser Fläche sind Wohnungen und Büros problemlos realisierbar. Sonst wären viele andere städtische Grundstücke nicht bebaubar. Beim Hochhaus gingen die Meinungen auseinander, aber grossmehrheitlich findet die SP-Fraktion diesen Standort als geeignet. Mit diesen Anmerkungen heisst die SP-Fraktion den Bebauungsplan in 1. Lesung gut und unterstützt den Antrag der BPK betreffend der Festschreibung des Minergiestandards.

Martin Spillmann, Präsident BPK: Obwohl für solche Gebäude gemäss neuer Bauordnung der Minergiestandard vorgeschrieben ist, beantragt eine Mehrheit der BPK, dass dies auf dem Plan vermerkt ist. Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen. Als Vertreter der FDP-Fraktion teilt Martin Spillmann mit, dass die Fraktion mit der Verwendung des Verkaufserlöses für preisgünstigen Wohnungsbau einverstanden ist. Die FDP-Fraktion erachtet dies aber nicht als selbstverständlich und möchte nicht, dass künftig die Erlöse aus jedem Landverkauf in der Stadt zwangsläufig, automatisch oder selbstverständlich in dieses Kässeli fallen. Darüber soll bei jedem Einzelfall wieder neu entschieden werden.

Franz Akermann gestattet sich, einen von der Fraktionsmehrheit der SP abweichenden Standpunkt zu vertreten: Mit dem Bebauungsplan Baarerstrasse 74-88/ Industriestrasse 31A wird schon wieder versucht, dem GGR einen Bebauungsplan unterzujubeln, der ein Hochhaus enthält. Es werden also vor dem Vorliegen eines Hochhausleitbildes und damit eher planlos weitere Hochhäuser an der Baarerstrasse bewilligt. Damit werden Präjudizien geschaffen. Das Leitbild sollte doch Aussagen machen, zu wo, wie hoch und auch - das ist Franz Akermann wichtig - wie dicht die Hochhäuser zu stehen kommen. Mit jedem bewilligten Bebauungsplan wird der Spielraum des Hochhausleitbildes unnötig eingeschränkt. Die Chancen auf ein gut strukturiertes künftiges Stadtbild sind damit leider sinkend. Aus diesem spezifischen Grund ist Franz Akermann gegen den vorliegenden Bebauungsplan, verzichtet allerdings auf einen Antrag. Der Rat hat sich ja anlässlich der Fraktionsitzungen mit was immer für Begründungen schon festgelegt, wahrscheinlich halt anders. Nun noch ein das Hochhausleitbild betreffender Nachsatz: Vor nunmehr vollen 10 Monaten, nämlich am 24. August 2010, haben Susanne Giger und Franz Akermann eine Eingabe zum Bericht „Analyse und städtebauliche Prinzipien für ein Hochhausleitbild Zug, Juni 2010, gemacht und sind bis heute ohne Antwort geblieben. An der vorletzten GGR-Sitzung, also etwa 8 Monate nach der Eingabe, wurde hier die Stadträtin deshalb gerügt und eine umgehende Stellungnahme zum Inhalt verlangt (vgl. Protokoll Nr.40 S. 2271). Franz Akermann und Susanne Giger warten noch immer, wenn auch zunehmend verärgerter. Denn zwischenzeitlich schritt die Planung voran und aus den spärlichen Informationen konnte wenig fundiertes Neues ersehen

werden. Zudem lässt das Nichtstun von Stadträtin Andrea Sidler Anstand und Respekt vermissen. Franz Akermann und Susanne Giger erwarten binnen 10 Tagen eine fundierte schriftliche Antwort. „Seien Sie bitte endlich vernünftig!“

Adrian Moos teilt die grundsätzliche Idee, dass Hochhäuser konzeptionell über die Stadt Zug verteilt werden sollten. Im konkreten Fall ist aber der Standort absolut unbedenklich. Im GGR herrscht eine sehr grosse Übereinstimmung. In allen Planungen und bei jedem Vorschlag, den die Fachleute erarbeitet hatten, war dieser Bereich entlang der Baarerstrasse stets eine Kernzone für solche Bauten. Mit dem jetzigen Bebauungsplan und auch dem eher schlank gehaltenen Baukörper wird kein Präjudiz für später geschaffen, das irgendwann bereut werden könnte. Wäre dieser Baukörper irgendwo in der Peripherie, würde auch Adrian Moos sein Veto einlegen. Hier wären aber diese Vorbehalte zu theoretisch, weshalb dem Bebauungsplan durchaus zugestimmt werden kann.

Stadträtin Andrea Sidler: zeigt anhand einer Folie einen Auszug aus dem kantonalen Richtplan zum Thema Hochhausstandorte, wonach in der Stadt Zug grundsätzlich Hochhäuser überall möglich sind. Die Hochhaus-Bebauungspläne entsprechen keiner planlosen Planung in der Stadt Zug. Der Studienauftrag zum Thema Hochhaus-Leitbild zeigt ebenfalls auf, dieser Perimeter der richtige Standort für ein Hochhaus ist. Die Auswertung ist bald abgeschlossen und wird im Stadtrat und anschliessend im GGR behandelt. Die Vorwürfe von Franz Akermann wurden bereits an die Stadtplanung weitergeleitet. Es ist jedoch Usus, dass Vernehmlassungen in die Auswertung einfließen, jedoch nicht jeder einzelne Vernehmlassungsteilnehmer persönlich angeschrieben wird und zu seiner Vernehmlassung eine Abhandlung erhält. Stadträtin Andrea Sidler wird aber veranlassen, dass der Stadtplaner mit Franz Akermann Kontakt aufnimmt. Der Stadtrat übernimmt den Antrag der BPK bezüglich Minergie.

#### **Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR den Bebauungsplan Baarerstrasse 74-88/Industriestrasse 31A in 1. Lesung festgesetzt hat. Neue Anträge für die zweite Lesung sind spätestens zehn Tage vor der Ratssitzung einzureichen.

## 5. Wärmeverbund Uptown-Schutzengel: Objektkredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2093

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2093.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2093.2

### Eintreten

Stadtrat Hans Christen verweist grundsätzlich auf Bericht und Antrag des Stadtrats, möchte sich aber noch kurz zum GPK-Bericht äussern: Der GPK-Präsident moniert das Fehlen einer Folgekostenrechnung. Dies wurde in der Kommission überhaupt nicht diskutiert und auch nicht moniert. Eine solche wäre auch sonst nicht notwendig. Eine Folgekostenrechnung wäre erst ab einer Investition bei einem Bau durch die Stadt von CHF 1 Mio. erforderlich. Hier müsste eher von einer Folge-Performance-Rechnung gesprochen werden, da der Beitrag für die Stadt Zug und die KEB ein sehr gutes Geschäft ist. Stadtrat Hans Christen wäre privat wie auch für die Stadt Zug zufrieden, wenn er das Geld mit einer so guten Rendite anlegen könnte. Der Wärmeverbund Uptown ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen eine Toplösung, ja sogar eine Win-Win-Situation. Im Auftrag des Stadtrates ersucht Stadtrat Hans Christen den GGR, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

### Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt wird und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### Detailberatung

Martin Spillmann, Präsident BPK: Da es sich im Wesentlichen um ein Finanzgeschäft handelt, wird vorläufig auf Bericht und Antrag verwiesen.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Ein Kompliment verdient der Stadtrat für die auf Effizienz und niedrige Kosten für die Verbraucher in den vier angeschlossenen Baukörpern angelegten Verträge. Ein zweites Kompliment – wiederum für den Stadtrat – gilt der geschickten Nutzung des vorhandenen technischen Knowhows und der personellen Voraussetzungen bei der Betreiberin des Eisstadions, der Kunsteisbahn AG. Nicht jede Investition der Stadt Zug erbringt eine alljährliche Rendite von gut 10 %. Hier – beim Wärmeverbund – wird dies möglich. Ein Beweis dafür, dass sich Investitionen in umweltschonende Techniken auch rechnerisch lohnen können. Eine Folgekostenrechnung ist in diesem Fall tatsächlich nicht notwendig, weil die Investition weniger als CHF 1 Mio. beträgt. Der Antrag der GPK auf Zustimmung zum Antrag des Stadtrates erfolgte einstimmig, und ebenso einhellig spricht sich auch die CVP-Fraktion – für die Urs B. Wyss abschliessend auch noch sprechen darf, für die Bewilligung dieser Wärmepumpen-Investition aus.

Philip C. Brunner schliesst sich dem Votum des GPK-Präsidenten sowie der CVP-Fraktion an. Im Auftrag der SVP-Fraktion sei Stadtrat Hans Christen bildlich ein grosser Blumenstrauss überreicht: so gute und sinnvolle Investitionen gibt es in der Stadt Zug selten. Ein Danke auch an die GPK für die sehr wertvolle Beilage G2093.2. Gefallen haben der SVP-Fraktion in der Vorlage auch die fünf Modelle. Es wäre schön, wenn der Rat zukünftig ebenso gut und vorbildlich dokumentiert würde. Eine kleine Kritik kann sich aber Philip C. Brunner trotzdem nicht verkneifen: Die Beilagen 2 und 3 sind etwas verwirrend. Trotzdem gratuliert Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion dem Stadtrat für diese Vorlage und empfiehlt dem GGR einstimmig Genehmigung.

Monika Mathers: Es geht! Man kann aus Abfall Energie erzeugen. Das beweist seit Anfang Jahr die Kompostierungsanlage Allmig, die aus dem Vergärungsprozess der Küchenabfälle genügend Elektrizität herstellt, um ein Dorf der Grösse von Neuheim zu versorgen. Wenn also nun mit dem „Abfall“, sprich der Abwärme der Eisaufbereitungsanlage auch ein kleines Dorf mit ca. 160 Wohnungen, Läden, Restaurants, Büros, Sporthalle und Eispalast beheizt, abkühlt und mit Warmwasser beliefert werden kann, macht das Sinn, grossen Sinn. Die Fraktion Alternative-CSP steht voll hinter dem Projekt und begrüsst es auch, dass die Stadt Besitzer dieser Anlage bleibt und so das Heft in der Hand behält. Trotz dieser Win-win Lösung darf eines nicht vergessen werden: Die Kältemaschine der Eishalle muss eine Unmenge an Energie fressen, damit genug Abwärme entsteht, dieses kleine, wenn auch energetisch sehr gut gebaute Dorf mit Raum- und Wasserwärme zu speisen. Die Stadt Zug leistet sich einen Energieluxus, der eigentlich nicht so recht in die heutige Zeit passen will. Und so ist es nur recht, dass diese Energie wenigstens zweimal genutzt werden kann und damit die Verschwendung einer Eisaufbereitungsanlage etwas relativiert wird.

Franz Akermann: Der Wärmeverbund Uptown-Schutzengel ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass mit dem Beschluss, die Eishalle im Minergie-Standard zu bauen, der richtige Weg eingeschlagen wurde. Das intelligente Konzept des konsequenten Energiebewusstseins, des sorgfältigen Umgangs mit der Abwärme, erlaubt jetzt mehr Gebäude zu beheizen und mit Warmwasser zu versorgen wie ursprünglich vorgesehen. Das Uptown inbegriffen, spart die Stadt Zug nach Aussage des Energieberaters in den angeschlossenen Gebäuden jährlich etwa 120'000 l Heizöl, entsprechend werden mehr als 300 t CO<sub>2</sub> nicht freigesetzt. Das ohne den geringsten Komfortverlust. Nachfragen ergaben überdies, dass ein allenfalls noch verbleibender Wärmeüberschuss für die Beheizung weiterer (gutisolierter) Gebäude des Sportareals eingesetzt werden kann. Sehr gut! Dem Projekt Wärmeverbund ist überdies positiv anzumerken, dass die Antriebsenergie für die elektrischen Wärmepumpen, welche letztlich die im Wärmeverbund zu verwertende Abwärme produzieren bzw. mitproduzieren, zu mehr als 1/3 aus der stadioneigenen Photovoltaik-Anlage stammt. Der Strom, auch der wie hier äusserst wirkungsvoll eingesetzt, kommt nicht einfach aus der Steckdose. Das vorliegende Projekt passt sehr gut zur beachtlichen Energiestrategie 2050 des Stadtrates und ebenso zu den Zielsetzungen der Energiestädte der Schweiz. Vom Stadtrat erwartet die SP-Fraktion,

dass er dem GGR nach dem ersten Betriebsjahr eine Energiebuchhaltung präsentiert, die detailliert aufzeigt, wo wie viel Energie verbraucht wurde und wie viel Tonnen Heizöl durch den Einsatz der Fernwärme eingespart wurden. Auch ist erfreulich, dass die geplante Ausweitung der Wärmeversorgung wirtschaftlich arbeiten soll. Dies mit einer berechneten attraktiven Nettorendite von 5 % des Investitionsbetrages von rund CHF 850'000.--. Daraus ist zu ersehen, dass Ökonomie und Ökologie durchaus symbiotisch sein können. Das Geld wie im vorliegenden Projekt für wirklich viel Brainpower und intelligente Technik auszugeben, ist auch beschäftigungspolitisch wirklich sinnvoller wie unbedarft Heizöl zu verbraten und dabei noch massivste Umweltrisiken einzugehen. Dies sei all jenen in Erinnerung gerufen, welche Ökologie immer noch nur als Schmälerung ihres eigenen kurzfristigen Vorteils sehen. Konkret denkt Franz Ackermann hier an FDP-Kantonsrat Rudolf Balsiger mit seinen unbedarften Äusserungen zur Energiepolitik (vgl. Neue Zuger Zeitung vom 7. Juni 2010). Die SP-Fraktion befürwortet dieses Projekt zum erweiterten Ausbau des Wärmeverbundes Uptown-Schutzengel nachdrücklich. Sie unterstützt einstimmig den Vorschlag des Stadtrats. Zudem erwartet sie eine aussagekräftige Energiebuchhaltung für das erste Betriebsjahr.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erkundigt sich bei Franz Ackermann, ob die Forderung nach einer aussagekräftigen Energiebuchhaltung für das erste Betriebsjahr als Antrag oder als Auftrag entgegenzunehmen ist.

Franz Ackermann: Das ist ein Antrag.

Adrian Moos: Umweltschutz betreiben und dabei eine schöne Rendite erwirtschaften; Adrian Moos wünschte sich, der Stadtrat würde dem GGR mehr solche Geschäfte vorlegen. Die Vorlage Wärmeverbund Uptown-Schutzengel ist zwar nur ein Puzzleteil im Gesamtprojekt des neuen Eisstadions. Bei dieser Vorlage richtet die FDP-Fraktion nun den Blick auf eine ökologische und ökonomische Optimierung des Projektes, welche an sich von Anfang an zum Gesamtpaket gehört hat. Dennoch gibt es am Projekt, an den Investitionskosten und insbesondere auch am gewählten Betriebsmodell nichts zu beanstanden. Die FDP-Fraktion empfiehlt die vorbehaltlose Zustimmung zu diesem Objektkredit.

Urs B. Wyss, Präsident GPK, schlägt vor, den Antrag der SP-Fraktion bezüglich Energiebuchhaltung als zusätzliche Ziff. 3 zu formulieren.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit diesem Vorschlag stillschweigend einverstanden ist.

#### **Beratung des Beschlussesentwurfes:**

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 und 2 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Neue Ziff. 3: (Antrag Franz Akermann namens der SP-Fraktion:

**Abstimmung**

über den Antrag von Franz Akermann namens der SP-Fraktion, lautend: Der Stadtrat hat nach dem ersten vollen Betriebsjahr eine Energiebuchhaltung zu präsentieren, die detailliert aufzeigt, wo wie viel Energie verbraucht und wie viel Tonnen Heizöl durch den Einsatz der Fernwärme eingespart wurden:

Für den Antrag von Franz Akermann namens der SP-Fraktion stimmen 23 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 12 Ratsmitglieder.

**Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 23:12 Stimmen den Antrag von Franz Akermann namens der SP-Fraktion gutgeheissen hat. Die neue Ziff. 3 ist somit beschlossen.

Zu Ziff. 4 (bisher Ziff. 3) und Ziff. 5 (bisher Ziff. 4) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen. Irrtümlich wurde noch eine „Referendumsfrist“ angeführt. Da ist aber nicht der Fall.

**Schlussabstimmung:**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 35:0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss** des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1526  
betreffend Wärmeverbund Uptown-Schutzengel, Objektkredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2093 vom 13. April 2010:

1. Für den Ausbau des Wärmeverbunds Uptown-Schutzengel (Ergänzungen an der Heizzentrale, Bau der Leitungen für die Fernwärme der Überbauung Schutzengel, Erweiterung der Klimazentrale) wird ein Objektkredit inkl. MWST von CHF 854'560.00 zu Lasten der Investitionsrechnung 2010, Konto 2220/50300, Objekt Nr. 866, Wärmeverbund Uptown und Schutzengel, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 854'560.00 wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
3. Nach dem ersten vollen Betriebsjahr ist eine Energiebuchhaltung vorzulegen, welche detailliert aufzeigt, wo wie viel Energie verbraucht wurde und wie viele Tonnen Heizöl durch den Einsatz der Fernwärme eingespart werden konnten.
4. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **6. Fernsehsendung „SF bi de Lüt-live“ in Zug; Nachtragskredit**

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2105

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2105.1

### **Eintreten**

Stadtpräsident Dolfi Müller: Einschaltquoten von bis zu 50 %, wie sie bei dieser Fernsehsendung tatsächlich der Fall sind, dürfen auch etwas kosten. Interessant sind dabei aber vor allem die externen Kosten. In Solothurn, wo diese Sendung ebenfalls schon stattgefunden hat, beliefen sich die externen Kosten auf ca. CHF 40'000.--. Diese Kosten sind zwar in Zug etwas höher, was sich aber damit begründet, dass vom Werkhof der worst case einberechnet war. Tritt dieses worst case Szenario nicht ein, sind auch die Kosten entsprechend tiefer. Im Gegensatz zu Zug hat aber Solothurn keine interne Vollkostenrechnung. Die Bewirtung ist in Solothurn genau gleich wie in Zug geregelt, indem der Wirt oder Caterer und seine Zulieferanten auf eigenes Risiko arbeiten. Nach Erfahrung des Fernsehens ist bei 4'000 Gästen mit einem mässigen Gewinn von CHF 3'000.-- zu rechnen. Dieser Gewinn könnte an sich noch abgeschöpft werden. In diesem Falle müsste aber auch die Defizitbeteiligung gewährt werden. Sollte tatsächlich ein sehr grosser Gewinn erwirtschaftet werden, wird sich Stadtpräsident Dolfi Müller dafür einsetzen, dass dieses Geld nicht allein in die Kasse der Zulieferer fliesst. Diese Gespräche laufen aber zurzeit noch. Zug ist also nicht viel teurer, sondern wesentlich transparenter. Den Fehler, dass anstelle eines Nachtragskredites in der Vorlage von einem Zusatzkredit die Rede ist, nimmt der Stadtrat auf sich.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Aus der Traktandenliste ist ersichtlich, dass dies der Stadtrat bereits gewürdigt hat, denn hier ist bereits von einem Nachtragskredit die Rede.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

### **Detailberatung**

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion erachtet es als absolut richtig, dass der Stadtrat auf den Zug des Schweizer Fernsehens aufgesprungen ist und hier als Gastgeberin Hand bietet. Diese Chance bietet sich nicht jeden Tag und muss unbedingt genutzt werden. Dass in Zug alles teurer ist als irgendwo in der Schweiz, überrascht nicht. Ein Servedfest kann jedoch genauso unterhaltsam und lässig sein wie eine Cupliparty. Es ist aber richtig, dass der Stadtrat keine Kässelipolitik betreiben will, sondern voll auf die Karte Transparenz setzt. Das freut die FDP-Fraktion, weshalb sie zum Inhalt der Vorlage Ja sagt. Nein sagt die FDP-Fraktion hingegen zur Form und Art und Weise der Vorlage. Da

disqualifiziert sich der Stadtrat schon etwas. Zu Ziff. 3., Seite 2: jeder Oberstufenschüler kann Zahlen dezimal untereinander schreiben. Der Stadtrat muss das nicht können, aber die Verantwortlichen, welche diese Vorlage ausgearbeitet haben. Wenn sie das nicht können, beschäftigen sie immer noch Lehrlinge. Weiter geht es mit den Begriffsverwechslungen usw. Die FDP-Fraktion hofft einfach nur, dass das Wetter und der Anlass besser werden als das formelle Erscheinungsbild der Vorlage. „Gebot bitte Besserung“. Gestern hatte die GPK drei Beschlussesentwürfe zu behandeln, keiner war aber richtig. Hier muss der Stadtrat wirklich über die Bücher und das etwas ernster nehmen. Das sind formelle Sachen, die nachher im Amtsblatt publiziert werden.

Arthur Cantieni: Die Beschlüsse können so oder so formuliert werden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die GPK die Formulierungen gelegentlich ändert. Grundsätzlich sind aber die Beschlüsse korrekt. Diesmal stand anstelle von Nachtragskredit tatsächlich fälschlicherweise Zusatzkredit.

Cornelia Stocker: Ob ein Referendum läuft oder nicht, ist eine reine formelle Abklärung. Das ist nicht Aufgabe der GPK, dies zu ändern.

Arthur Cantieni: Im Beschlussesentwurf steht korrekt, dass er sofort in Kraft tritt. Es wurde lediglich unterlassen, in der dot-Vorlage das Wort „Referendumsfrist“ zu streichen. Das ist zugegebenermassen ärgerlich. Die Beschlüsse werden aber jeweils korrekt im Amtsblatt publiziert.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion unterstützt den Nachtragskredit für die Fernsehsendung SF bi de Lüt und erachtet dies als sehr guten Anlass für die Bevölkerung wie auch als gute Möglichkeit, sich als Stadt Zug in einem etwas anderen Licht zu präsentieren als dies sonst oft der Fall ist. Die CVP-Fraktion ist sehr gespannt, wie sich das Projekt entwickelt. Ein Kompliment sei an die schreibende Zunft und ihren Berichterstatter gerichtet, welcher den Steilpass des GPK-Berichtes aufgenommen und recherchiert hat. Es ist dabei klar zum Ausdruck gekommen, dass weniger gut situierte Gemeinden mit viel weniger Aufwand und zu wesentlich günstigeren Kosten einen solchen Anlass anders organisieren können. Allerdings hat Stadtpräsident Dolfi Müller die tatsächlichen Fakten aufgezeigt. Auch dies ist auf den Zeitungsartikel bzw. den Hinweis des GPK-Berichtes zurückzuführen. Es ist wichtig, dass man sich immer wieder dem Thema Kosten widmet und dies hier abgehandelt wird. Die CVP-Fraktion möchte mit der Hoffnung schliessen, dass das Wetter gut ist und die Bevölkerung der Stadt Zug sowie die Fernsehzuschauer an dieser Sendung viel Freude haben werden und sich das Geld als gut investiert erweisen wird.

Philip C. Brunner hat zwei Herzen in seiner Brust: Als Hotelier und Touristiker findet es wunderbar, dass gute Propaganda für Zug gemacht wird und die ganze Schweiz sieht, wie wenig Steuern hier bezahlt werden müssen, wie schön es auf dem Landsgemeindeplatz ist, wie die Sonne wunderbar untergeht, welche tollen Stadtpräsidenten und weitere Kandidaten, die sich in die Fernsehkameras hineindrängen, Zug hat. Das ist wirk-

lich toll. Wer ist hier eigentlich der Partner der Stadt Zug? Es ist die SRG. Die SRG beschäftigt 6'100 Personen in der Schweiz. Der Aufwand beträgt CHF 1,6 Mia. Die Personalkosten alleine belaufen sich auf über 40 % und damit im Vergleich zur ARD und ZDF (18 %) deutlich höher. Die Einnahmen des ZDF sind jedoch doppelt so hoch wie diejenigen der SRG. Die SRG ist ein Fass ohne Boden. Jeder Haushalt in der Schweiz bezahlt CHF 462.--. Davon ausgehend, dass es in Zug 26 - 28'000 Einwohner hat, geht Philip C. Brunner von rund 10'000 Haushalten in der Stadt Zug aus. Das bedeutet, dass allein aus der Stadt Zug an die SRG CHF 4,62 Mio. beigetragen werden. Aus den rund 50'000 Haushaltungen im Kantonsgebiet ergibt sich ein Beitrag von sogar mehr als CHF 23 Mio., der bereits heute der SRG bezahlt wird. Die SRG hat den Auftrag, Fernsehsendungen zu produzieren, welche die Bevölkerung interessieren. Eine Einschaltquote von 50 % ist super, aber wieso die Stadt Zug hierfür zusätzlich noch bezahlen? Philip C. Brunner ist der Meinung, dass aus der Stadt Zug heute bereits genug an die SRG bezahlt wird. Das Projekt sollte daher auch etwas kritisch begutachtet werden. Die Transparenz des Stadtrates bezüglich Kosten wird sehr geschätzt. Die SVP-Fraktion ist sehr skeptisch und erachtet die Kosten als sehr hoch. Wo sind mögliche Sponsoren, welche ebenfalls einen Beitrag leisten könnten wie z.B. beim Eisstadion? Die SVP-Fraktion beantragt, dass die Stadt Zug die Leistungen des Werkhofes von CHF 50'000.-- übernimmt, für CHF 25'000.-- Sponsoren gesucht werden müssen und eine Defizitgarantie der Stadt Zug von CHF 25'000.-- zugesichert wird. Das ist zumindest ein Ansatz, um den Aufwand etwas zu reduzieren. Nach Meinung der SVP-Fraktion startet der Stadtrat dieses Projekt etwas zu optimistisch. Ein bisschen mehr Skepsis gegenüber dem Partner SRG wäre durchaus angebracht, umso mehr als die GPK richtigerweise in ihrem Bericht schreibt, dass es schwer vorstellbar sei, dass die kleinen Orte wie Escholzmatt, Romanshorn usw. solche Mittel ebenfalls aufwenden. Die SVP-Fraktion könnte sich durchaus vorstellen, dass nebst den Ausgaben für Stühle und Bänke auch Einnahmen (für Stühle und Bänke) erwirtschaftet werden könnten.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Wenn die Stadt Zug vom Caterer Geld verdienen will, muss sie auch eine Defizitbeteiligung in Aussicht stellen. Der Stadtrat hat sich für die andere Variante entschieden. Die Beschaffung von Sponsorengeldern sieht Stadtpräsident Dolfi Müller eher nicht, denn die Antwort liegt klar auf der Hand. Die Zulieferer der IG Chriesi, welche an einem schönen Tag ein gutes Geschäft machen, werden eingebunden, damit dieser Gewinn auch in die IG Chriesi fließt und nicht in die private Kasse. Stadtpräsident Dolfi Müller beruhigt Philip C. Brunner insofern, dass das SF DRS bei dieser Sendung keine Politiker vor dem Bildschirm will.

Stadtrat Hans Christen möchte das Sponsoring der Eishalle etwas relativieren: In der Tat konnte durch die Event-Managerin ein Betrag von CHF 190'000.-- für die Eröffnungsfeier beschafft werden. Diese Sponsorenbeiträge bezahlen Unternehmer und Firmen, welche in der Halle Werbung betreiben. Das ist mit der jetzigen Vorlage nicht zu vergleichen. Bei anderer Gelegenheit suchte Stadtrat Hans Christen schon nach Sponsoren suchen und musste jeweils einen negativen Entscheid mit dem Hinweis entgegennehmen, dass sie hier bereits Steuern bezahlen. „Also bitte vergessen Sie das.“

Manfred Pircher zieht den Antrag der SVP-Fraktion zurück.

### **Beratung des Beschlussesentwurfes:**

#### Zu Titel und Ingress:

Stadtpräsident Dolfi Müller: Der Stadtrat übernimmt den Antrag der GPK (Nachtragsstatt Zusatzkredit).

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

#### Ziff. 1:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt folgende Formulierung: Für die Fernsehsendung „SF bi de Lüt“ in Zug wird ein Nachtragskredit von CHF 100'000.-- bewilligt, zu Lasten der Laufenden Rechnung, Kostenstelle 1200, Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation, wie folgt aufgeteilt:

Konto 36512 SF bi de Lüt-live externe Kosten

Konto 39101 SF bi de Lüt-live interne Kosten

Stadtpräsident Dolfi Müller: Der Stadtrat übernimmt die Formulierung der GPK.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Zu Ziff. 2 und 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

### **Schlussabstimmung**

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 33:0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

**Beschluss** des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1527  
betreffend Fernsehsendung «SF bi de Lüt-live» in Zug: Nachtragskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2105 vom 1. Juni 2010:

1. Für die Fernsehsendung „SF bi de Lüt“ in Zug wird ein Nachtragskredit von CHF 100'000.-- bewilligt, zu Lasten der Laufenden Rechnung, Kostenstelle 1200, Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation, wie folgt aufgeteilt:  
Konto 36512 SF bi de Lüt-live externe Kosten  
Konto 39101 SF bi de Lüt-live interne Kosten
2. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **7. Postulat der FDP-Fraktion vom 7. September 2009 betreffend öffentlich zugängliches gratis WLAN in der Stadt Zug**

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2102

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 1683 f. des GGR-Protokolls Nr. 31 der Sitzung vom 8. September 2009.

Marcel Uhr: Die FDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates bezüglich gratis WLAN in der Stadt Zug, da ja scheinbar die Kosten zu den Nutzen in einem schlechten Verhältnis stehen. Marcel Uhr persönlich ist zwar nicht sehr glücklich über die Antworten, da aus seiner Sicht nur die negativen Aspekte der Idee eines gratis WLANs in der Stadt Zug aufgegriffen wurden und zu wenig auf positive Aspekte, wie z.B. einem Standortvorteil eingegangen wurde. Auch ist es schade, dass nicht auf ein Pilotversuch eingegangen oder zumindest die Bevölkerung nach ihrer Meinung befragt wurde. Es ist aber auch zu hoffen, dass der Stadtrat proaktiv auf neue und innovative Technologien eingeht und solche Vorstösse wohlwollend prüft. Wie aber schon eingangs erwähnt, nimmt die FDP-Fraktion zustimmend vom Bericht und Antrag des Stadtrates Kenntnis und dankt dem Stadtrat für die Bearbeitung.

Stefan Hodel: Der Stadtrat hat einen klugen Entscheid gefällt. Die Fraktion Alternative/CSP unterstützt ihn voll und ganz. Der Zugang zum Internet ist mit den neuen Geräten schon heute fast überall möglich. Er darf aber für den Nutzer durchaus etwas kosten. Die zusätzliche Strahlen-Hintergrundbelastung für die Bevölkerung kann sich die Stadt Zug sparen, ebenso die Investition von gegen einer halben Million Franken. Schon heute ist es nicht mehr möglich durch die Stadt zu gehen, ohne alle paar Meter auf jemanden zu stossen, der gerade mobil telefoniert, seine Mails abruft oder via I-Pood Musik hört. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre ist beeindruckend und manchmal auch beängstigend. Muss sich wirklich bald jeder mit Kopfhörer und kleinen Bildschirmen von der Umwelt abgrenzen? Wo bleibt die Lust an der spontanen Begegnung mit anderen Leuten die gleichzeitig unterwegs sind oder sich auf öffentlichen Plätzen aufhalten?

Werner Villiger: Der Aufbau eines öffentlich zugänglichen WLAN, ob gratis oder nicht, ist nicht Aufgabe des Staates. Das können Private nicht nur genauso gut, wahrscheinlich sogar besser. Diese Meinung hat die SVP-Fraktion bereits ausführlich bei der Überweisung des Postulates vertreten und unterstützt somit einstimmig die Haltung des Stadtrates bei diesem Geschäft. Die SVP-Fraktion hat bereits befürchtet oder gehofft, je nach Standpunkt, dass sie mit ihrer Meinung ein weiteres Mal allein gegen alle sein wird. Dass dies heute nicht der Fall ist, freut die SVP-Fraktion, denn dass sie dieselbe Haltung einnimmt wie der Stadtrat, ist eher selten. Die SVP-Fraktion steht vollständig hinter der Meinung des Stadtrates und bittet den Rat, dasselbe zu tun.

Patrick Steinle spricht nicht namens der Fraktion, sondern als Einzelsprecher und interessiert sich im Zusammenhang mit neuen Technologien und öffentlichen Infrastrukturen, wie es mit einem städtischen Glasfasernetz aussieht. Ist die Infrastruktur-Dienstleisterin WWZ bereits am Planen oder wollen sie ihr eigenes Kabelnetz nicht konkurrenzieren? Hat der Stadtrat dazu Informationen, damit der Anschluss nicht verpasst wird?

Stadtpräsident Dolfi Müller kann nur eine sehr allgemeine Antwort auf diese Frage geben. Diese Projekte werden von der Strategie her angegangen. Wie weit sie aber schon gediehen sind, ist nicht bekannt. Es handelt sich um Projekte der WWZ. Die WWZ sind sich aber bewusst, dass sie hier den Anschluss keinesfalls verpassen dürfen. Es läuft also in die Richtung, wie dies Patrick Steinle sieht.

Werner Villiger: Der Kantonsrat hat eine Motion von Albert C. Iten betr. Beschleunigte Realisierung eines flächendeckenden Glasfasernetzes in der Stadt und im Kanton Zug überwiesen. Albert C. Iten hat am 5. Februar folgende Motion eingereicht (Zitat): Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach im Einvernehmen mit den Netzbetreibern und den Dienstleistungsbietenden im Kanton Zug rasch ein flächendeckendes Glasfasernetz mit Anschluss aller Haushaltungen realisiert wird. (Zitatende). Diese Motion wurde am 25. Februar 2010 an die Regierung zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass das **Postulat der FDP-Fraktion betreffend öffentlich zugängliches gratis WLAN in der Stadt Zug beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## **8. Postulat der CVP-Fraktion vom 23. Oktober 2009 betreffend preisgünstige Wohnungen an der Zugerbergstrasse/Guggitalring**

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2108

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 1806 f. des GGR-Protokolls Nr. 33 der Sitzung vom 27. Oktober 2009.

Hugo Halter: Die CVP Fraktion dankt einleitend dem Stadtrat für die gute Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Gerne hat sie insbesondere zur Kenntnis genommen, dass Gespräche mit der Bauherrschaft aufgenommen und Lösungen in der von der CVP-Fraktion angedeuteten Richtung gesucht wurden. Es ging der CVP-Fraktion vor allem darum, das vorhandene Problem von günstigem Wohnraum aufzunehmen und gleichzeitig möglichen Handlungsspielraum und Varianten durch den Stadtrat prüfen zu lassen. So kann sich die CVP-Fraktion mit dem Stadtrat einverstanden erklären, dass keine Präjudize geschaffen werden sollen. Die nicht erteilte Baubewilligung heisst aber nicht, dass die bestehenden Gebäude für alle Zeiten erhalten bleiben. Irgendwann, aber hoffentlich erst dann, wenn die Bausubstanz den dazumaligen Anforderungen nicht mehr genügt, wird an diesem Ort ein neues Projekt entstehen. Es wird dem Gebot Nr. 1 jeder zukunftssträchtigen Ortsplanung, nämlich der Verdichtung in den eingezonten Gebieten, Rechnung tragen müssen. Die CVP hat immer klar kommuniziert, dass preisgünstige Wohnbauprojekte durch private Körperschaften, insbesondere die Wohnbaugenossenschaften, erstellt werden sollen und die Stadt unterstützend und aktiv zur Seite stehen muss. Gerne nimmt die CVP-Fraktion zur Kenntnis, dass der Stadtrat ihr diesbezügliches Grundanliegen mit seiner Antwort glasklar bestätigt hat. Nun ist zu hoffen, dass das kantonale Wohnbauförderungsgesetz raschmöglichst aktiv umgesetzt werden kann und die damit zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zusammen mit der neu geschaffenen überlagerten Zone sozialer Wohnungsbau ihre positive Wirkung entfalten werden. Die CVP nimmt Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

Karl Kobelt: Das Postulat der CVP setzte sich zum Ziel, die Wohnungen der Liegenschaft Zugerbergstrasse/Guggitalring als preisgünstige zu erhalten. Konkret schlug sie den Kauf oder den Abtausch der Liegenschaft gegen neu eingezontes Land in der Gimenen vor. Beide Wege wären die falschen gewesen: Ein Kaufangebot hätte den Preis in die Höhe getrieben. Die Stadt Zug wäre auf dem Feld der preisgünstigen Wohnungen erneut als Akteur aufgetreten. Dass dieses Feld tückenhaft ist, hat der Stadtrat beim Projekt Roost zu Genüge erfahren. Ein Tausch mit den Parzellen in der Gimenen hätte der von den Bürgerlichen eingebrachten Auflage widersprochen, wonach dieses Land an bauwillige Privatleute abzugeben sei, die selber in der Gimenen Wohnsitz nehmen möchten. Diese Auflage hatte auch die CVP mitgetragen – kein Wunder, dass ihr Vorstoss bei der FDP kein Verständnis fand. Zum Glück ist heute das Begehren nur noch Makulatur. Das Baugesuch der Eigentümerin wurde abgelehnt. Und vor allem: Der

Stadtrat hat sich in seiner Antwort dazu verpflichtet, „die Realisierung von preisgünstigen Wohnbauprojekten den Wohnbaugenossenschaften und anderen öffentlichen Körperschaften sowie gemäss der Ortsplanungsrevision auch privaten Körperschaften (zu) überlassen.“ Das ist gut so. Die FDP will den preisgünstigen Wohnungsbau auch fördern – durch die Wahl geeigneter Standorte, durch eine angemessene Verdichtung, durch die neuen überlagerten Zonen, durch den Abbau von bauverteuernden Auflagen und Normen, durch den Verzicht auf Luxus, durch weniger Bürokratie: Man sieht – zur Realisierung von preisgünstigen Wohnungen gibt es geeignetere Mittel als jene, die die CVP in ihrem Postulat vorgeschlagen hat.

Barbara Stäheli spricht sowohl zu Traktandum 8 wie auch zu Traktandum 9: Eines vorweg: Die Bauprofile an den Häusern der Zugerbergstrasse werden nicht verständlicher, je länger sie stehen. Es ist ein Jammer, welcher Wohnraum hier verschwinden soll. Mindestens haben die jetzigen Mieter durch die Ablehnung des ersten Baugesuches Zeit gewonnen und können weiter hoffen, dass ihre Häuser nicht abgerissen werden. Gerade bei diesem Baubewilligungsverfahren zeigte sich einmal mehr die Wichtigkeit einer Stadtbildkommission, die SBK, eine Fachkommission, die neutral die Projekte begutachtet und beurteilt. Grundsätzlich ist die SP-Fraktion mit den Antworten des Stadtrates zufrieden und kann nachvollziehen, dass ein Abtausch von stadteigenem Land für den Stadtrat nicht in Frage kommt. Mit den wenigen städtischen Landreserven muss zwingend haushälterisch umgegangen werden. Mit dem Bebauungsplan Baarerstrasse wurde heute bereits ein Stück Land verkauft. Der Erlös aus diesem Verkauf wird hoffentlich für den preisgünstigen Wohnungsbau verwendet. Die SP-Fraktion hat schon einmal darauf hingewiesen und tut es an dieser Stelle nochmals: Mit diesem Geld kann die Stadt auch ein älteres Objekt kaufen und es damit der Spekulation entziehen und für günstigen Wohnraum sorgen. Dafür müssen Augen und Ohren offen gehalten werden. Die Fraktion der SP würde der aktuelle Stand des Verfahrens interessieren und dankt schon jetzt dem Stadtrat für die Auskunft.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich mit der Antwort des Stadtrates einverstanden, hat aber noch eine Frage an Stadträtin Andrea Sidler: Wie sieht es mit der Überbauung Löbererpark aus?

Stadträtin Andrea Sidler: Die Architekten und Besitzer waren schon zweimal in der Stadtbildkommission. Das Projekt Löbererpark wurde weiter entwickelt. Gemäss letztem Bericht der Stadtbildkommission folgt nun das neue Baugesuch der Familie Landtwing. Zur Frage der SP-Fraktion: Der Stadtrat hat die Baubewilligung nicht erteilt. Bis heute wurde dieser Entscheid nicht angefochten und auch kein neues Baugesuch eingereicht.

### **Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest dass das Postulat der CVP-Fraktion betreffend preisgünstige Wohnungen an der Zugerbergstrasse/Guggitalring beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## **9. Interpellation Vroni Straub-Müller und Ignaz Voser, beide Alternative-CSP, vom 2. Oktober 2009 betreffend Zugerbergstrasse 52 und 54 sowie Guggitalring 5**

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2109

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 1808 f. des GGR-Protokolls Nr. 33 der Sitzung vom 27. Oktober 2009.

Ignaz Voser bezieht sich auf die Voten von Karl Kobelt und Hugo Halter zu Traktandum 8 und sieht auch namens der Fraktion der Alternativen-CSP gewisse Deckungsgleichheiten. Bestimmte Dinge sollten durchaus den Privaten überlassen werden. Der preisgünstige Wohnungsbau soll jedoch nicht ausschliesslich, aber auch von privaten betrieben werden. Das kann aber nicht alleine über die Verdichtung erfolgen. Wer ist also für die besseren Lösungen da, wenn es nicht funktioniert? Der Stadtrat und alle im GGR haben eine Verpflichtung, gewisse Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der preisgünstige Wohnungsbau auch weiterhin gut möglich ist. Die Interpellanten bzw. die Fraktion der Alternative-CSP dankt dem Stadtrat für die kurz gehaltene und sachliche Beantwortung der Interpellation und nehmen sie dankend zur Kenntnis. Ein Grossteil der Beantwortungen konnte schon aus einem Presseartikel in der Neuen Zuger Zeitung vom 11. Mai 2010 entnommen werden und wurde mit der ablehnenden Stellungnahme zum Baugesuch bereits vorweggenommen. Dazu noch ein paar kurze Anmerkungen: Das hier behandelte und im Vorfeld in der Presse und einer Orientierungsversammlung der Nachbarschaft St. Michael breit diskutierte Guggital-Baugesuch der Zürcher Anlagestiftung hätte durchaus genügend Stoff für eine Komödie um hauen und stechen, würgen und drücken, fremde Vögte aus Zürich, empörtem Bürgertum und Freiheitskämpfern mit Pfeil und Bogen sowie einem möglichen Hauptgewinn von Fünfer und Weggli geboten. Schon im ersten Akt lief Einiges schief. Das Orientierungsschreiben der Zürich Anlagestiftung über die geplante Arealbebauung und den daraus resultierenden Abbruch der Mietshäuser an der Zugerbergstrasse erreichte die Mieter der betroffenen Häuser erst als das Baugespann der geplanten überdimensionierten Arealbebauung bereits erstellt war und die Profilstangen alle Mieter und das halbe Quartier in Angst und Schrecken versetzt hatten. Ein solches Vorgehen hätte im Fussball schon die erste gelbe Karte verdient. Von jetzt an war Feuer im Dach, und in der Folge versuchte man, die Wogen zu glätten. In der Presse und von bürgerlicher Seite wurden schon bald die Rollen für das nachfolgende Theater verteilt. Allen voran Robin Hood von der Waldheimstrasse alias Dolfi Müller, Bürgermeister der betroffenen Stadt, vermittelte staatsmännisch, ohne Pfeil und Bogen auszupacken, zwischen den Geschworenen, den betroffenen Mietern und den aufgeschreckten Nachbarn. Als hätten es die bürgerlichen Bauturbos vorausgeahnt, war am Schluss das Rückzugsgebiet von Robin Hood, der Zuger Friedbachtobelwald, einer der ausschlaggebenden Punkte, der zur Ablehnung des vorliegenden Baugesuchs geführt hat. Die bad gayer und feinen Rittersleute aus Zürich gingen in diesem Dickicht in Deckung und spielten fortan Pocker und Schwarzpeter

und vertrauten auf ihr Glück und ihren Orakeln, während die Nachbarschaft weiter Sturm lief. Nachdem die Obrigkeit, der Kanton, nach langem Zuwarten die Inanspruchnahme des Friedbachtobelwaldes verweigert hat, ist der Vorhang nun nach acht langen Monaten endgültig gefallen. Die Moral dieser Geschichte: Robin Hood lebt mit seinen Getreuen im Wald, und wer sich ungebeten in dieses Gebiet vorwagt, der kriegt eins auf die Mütze. Rückblickend muss man feststellen: Diese ganze Übung hätte sich die Zürich Anlagestiftung sich und der Stadt Zug schenken können. Dem Quartier wäre dadurch viel Aufregung und den Stadtbehörden viele unnötige Amtsstunden erspart geblieben. Denn das geplante und gepuschte Projekt war von Anfang an ein Murks. Zu keinem Zeitpunkt wurden die geforderten Qualitätsvorgaben für Arealüberbauungen eingehalten. Es war alles zu eng. Das haben die Investoren gewusst, und deshalb wollte man noch weitere Ausnahmegewilligungen in Anspruch nehmen, ohne aber dafür etwas zu bieten. Hier haben die Investoren die Quadratur des Kreises gesucht und sind zuletzt am Waldabstand gescheitert. Was bleibt, ist ein etwas schaler Nachgeschmack bezüglich Vorgehen und Information von Investoren und Baudepartement. Trotz Allem möchte Ignaz Voser namens der Interpellanten für die Bemühungen und Gesprächsvermittlungen durch den Stadtpräsidenten und die vom Baudepartement zusätzlich geleisteten Stunden herzlich danken. Sie haben zum richtigen Zeitpunkt mitgeholfen, den Ball in diesen Diskussionen tief zu halten und die Sache nüchtern und korrekt zu betrachten. Der Umstand, dass weder die Liste der geforderten Qualitäten noch der nötige Waldabstand an dieser sensiblen Lage respektiert und vollumfänglich eingehalten wurde und die Zürich Anlagestiftung zudem Aussenanlageteile kurzerhand in den nahen Wald verlegen konnte, hätte aus Sicht der Interpellanten durchaus ein noch entschiedeneres Einschreiten erfordert. Schon zu diesem Zeitpunkt hätte man den Versuchsballonen der Zürich Anlagestiftung eine klarere Absage erteilen müssen. Natürlich hätten die Interpellanten darüber hinaus noch einen etwas klarer formuliertes Bekenntnis des Stadtrates gewünscht, das wieder einmal und unmissverständlich die geforderten Qualitäten und städtebaulichen Bezüge mit Nachdruck einfordert. Man kann es nicht deutlich genug sagen: Wer in Zug bauen will, soll dies nicht nur rechtlich korrekt tun, sondern auch städtebauliche Qualitäten erbringen. Das ist man einer Stadt in der Hochblüte und seinen Bewohnern, für die die Anwesenden nicht zuletzt hier im GGR sitzen, schuldig. Unzimperlichen und uneinsichtigen Planern und Investoren, wie im vorliegenden Fall, kann und muss man schnell und deutlich die verdiente rote Karte präsentieren zum Wohl der schönen Stadt Zug und ihren ständigen Bewohnern. Die Fraktion der Alternative-CSP ist sich durchaus im Klaren, dass es in der heutigen Zeit mit diesem andauernd hohen Baudruck und der überaus verlockenden Renditeaussichten nicht einfach ist, noch auf andere Werte hinzuweisen, sind doch die ökonomischen Gründe meiste erdrückend. Dennoch erlaubt die Fraktion Alternative-CSP sich immer wieder, zum angebrachten Augenmass für die Stadt und das Quartier aufzurufen. Denn, wer weiss, ob nicht einmal andere Zeiten anbrechen, in welchen man um erhaltene weiche Werte stolz und froh sein wird. Das historisch gewachsene Zug kann und darf nicht bei erstbesten Gelegenheit neuzeitlicher Banal- und Renditearchitektur geopfert werden. Das ist leider in den vergangenen Planungsperioden des Öftern geschehen und nicht wieder gutzumachen. Also soll man die Lehren aus solchen Geschichten zie-

hen und für eine gute durchmischte und dennoch prosperierende Stadt eintreten. Klein aber fein, aber bestimmt nicht 08.15. Gute Architektur rentiert immer zweimal. Dank Waldschutz und einem ungetrübten Blick fürs Ganze und der folgerichtigen Stellungnahme der Stadtbildkommission konnte in diesem Fall Schlimmeres verhindert werden. Was bleibt, ist ein intaktes Wohnquartier mit erschwinglichen, marktgerecht vermieteten Wohnungen auch für Normalos. Sichere Werte auch in Zukunft. Das ist gut für das ganze Quartier und die Stadt Zug. Noch eine Anmerkung zu Traktandum 4: Die Fraktion Alternative-CSP begrüsst es sehr, dass der Stadtrat sich weiter verpflichtet, preisgünstigen Wohnraum zu fördern und auch Beträge aus Landverkäufen für weitere Bemühungen verwenden will.

Adrian Moos beantragt Diskussion.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt und somit die Diskussion beschlossen ist.

Adrian Moos: Die Interpellation von Vroni Straub und Ignaz Voser hat vom Thema her wohl eine breite Bevölkerung angesprochen. Die rasante bauliche Entwicklung, das Verschwinden von günstigem Wohnraum, die schnelle Veränderung in der Stadt Zug sind Themen, die bewegen. Die Interpellanten mussten aber ganz genau wissen, dass ihre Fragen die Stadt Zug in dieser Sache keinen Schritt weiter bringen. Vielmehr versuchten sie, den Stadtrat aufs Glatteis zu führen und diesem Zugeständnisse zu entlocken, welche er gar nicht machen darf. Mit suggestiven Fragen wird dem Stadtrat vorgehalten, dass er sich dieser Problematik nicht annehme. Auf Grund der rechtsstaatlich abgestützten klaren Bestimmungen darf der Stadtrat aber im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens eben gerade keine Politik betreiben. Wenn gehört wird, was der Vorredner für ein „Chrüsümüsi“ erzählt hat, ist genau dort der Hund begraben. Es geht einfach nicht, alles zusammen zu mischen und am Schluss zu schauen, was das Resultat ist und Politik, Vorschriften Stadtbildkommission in einen Topf zu werfen, kräftig zu schütteln und dann schauen was rauskommt. Von daher müsste dem Vorredner die rote Karte gezeigt werden. Wenn den Interpellanten an der Sache tatsächlich etwas liegt, dann müssen sie dem Stadtrat über dieses Parlament oder das Stimmvolk einen entsprechenden Auftrag erteilen. Tatsächlich hat sich die Angelegenheit insofern entschärft als das beantragte Baugesuch nicht erteilt wurde. Die Fraktion der FDP hofft sehr, dass dieser Entscheid ohne politische Hintergedanken gefällt wurde. Sie ist aber nicht so vermessen, hier eine öffentliche Meinung kund zu tun. Schliesslich hat der Stadtrat in seiner Interpellationsantwort die Klippen nicht ungeschickt umschifft und die gestellten Fragen zwar verständnisvoll aber an sich unverbindlich beantwortet. Weiter gekommen ist man aber durch die Beantwortung bzw. die Interpellation aber bei diesem Thema wirklich nicht. Ein grosses Fragezeichen macht Adrian Moos aber bei der Antwort zu Frage 5, wonach die Zerstörung bestehender Qualitäten bei der Beurteilung einer neuen Arealbebauung zu berücksichtigen sei. Die bestehenden Qualitäten können durch Zonenvorschriften oder durch Vorschriften des Denkmalschutzes ge-

schützt werden, keinesfalls aber durch die Bauvorschriften für eine Arealbebauung. Weder die Vorschriften der alten noch der neuen Bauordnung hinsichtlich der Arealbebauung lassen eine solche Interpretation zu. Hier hat der Stadtrat den Interpellanten wohl etwas viel versprochen.

Martin Spillmann, Präsident BPK, unterstreicht die Worte von Adrian Moos. Bezüglich Bauen gibt es Vorschriften. Wenn diese irgendjemandem im Rat oder in der Stadt nicht passen, soll er versuchen, sie abzuändern. Es kann aber nicht sein, dass aus irgendeiner Volksstimmung heraus diese gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Bauen abgeändert werden. Die Frage beispielsweise, ob es möglich sei, ein Baugesuch nicht schon jetzt nach der neuen Bauordnung zu beurteilen, ist eine Aufforderung zum Mäuscheln. Es wird der Stadtrat aufgefordert, bevor ein Gesetz in Kraft tritt. Heutzutage geht das vielleicht nach den Vorstellungen von Vroni Straub oder Ignaz Voser. Nächstes Mal geht es nicht nach deren Vorstellungen. Deshalb gibt es keine Varianten. Es gibt ein Gesetz, und dieses muss angewandt werden. Die Interpellanten fragen auch, ob der Stadtrat nicht bereit sei, dieses Grundstück zu kaufen. Der Stadtrat hat aber diese Kompetenz gar nicht. Sie muss ihm zuerst vom Grossen Gemeinderat gegeben werden. Ob der Stadtrat bei Qualität auch gegeben werden könne, hat mit dem Gesetz nichts zu tun. Zum Bauvorhaben an der Löberenstrasse: Vielleicht ist dieses Projekt schlecht - Martin Spillmann weiss das nicht, hat er doch das Projekt noch gar nicht gesehen. Vielleicht ist es aber auch gut. Es geht aber nicht an, dass jemand daherkommt und behauptet, die Zonierung sei falsch. Die Zonierung hier ist richtig und seit mehr als 15 Jahren in Kraft. Sie wurde nota bene von den Vätern dieser Einsprecher hier im Rat beschlossen. Der Rat kann nicht aus Stimmungen, die irgendwo im Volk bestehen, die Baugesetze abändern und aus Volksgutdünken irgendwelche gesetzliche Bestimmungen umgehen. Der Stadtrat ist schlau genug, dies nicht zu tun. Es soll ihm dies auch nicht unterstellt werden oder ihn dazu bewegt werden, solche anpässlerischen Definitionen zu kreieren. Das steht weder dem Stadtrat noch dem GGR an, das geht einfach nicht.

#### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Interpellation Vroni Straub-Müller und Ignaz Voser, beide Alternative-CSP, vom 2. Oktober 2009 betreffend Zugerbergstrasse 52 und 54 sowie Guggitalring 5 beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart informiert, weshalb Vizepräsident Jürg Messmer seinen Laptop vor sich stehen hat, wie folgt: An der letzten Bürositzung wurde beschlossen, zu prüfen, ob in der nächsten Legislatur eventuell ein elektronischer Ratsbetrieb eingeführt werden soll. Hierzu hat Jürg Messmer sich bereit erklärt, dies 1:1 im Rat durchzuspielen.

## 10. Kinder- und Jugendkonzept der Stadt Zug

Es liegt vor:

Bericht des Stadtrates Nr. 2094

### Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

### Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Diskussion wird gewünscht. Gestützt auf § 46 Abs. 3 der GSO braucht es hierfür die Stimmen von 1/3 der Anwesenden.

### Abstimmung

für Diskussion stimmen 30 Ratsmitglieder.

### Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass mit 30 Jastimmen das notwendige Quorum von 1/3 der Anwesenden erreicht und die Diskussion somit beschlossen ist.

Hugo Halter spricht auch auf Wunsch der SVP auch für die SVP-Fraktion: Mehrere Gründe veranlassen die SVP- und die CVP-Fraktion, das vorliegende Kinder- und Jugendkonzept ablehnend zur Kenntnis zu nehmen: Sehr viel Papier, sehr viel schöne Worte, sehr viele nichts sagende Wiederholungen – aber all das mit gut versteckten Begehrlichkeiten, die bei allfälliger Realisierung zu einem erheblichen finanziellen und wohl auch personellen Mehraufwand führen werden – das sind die Eindrücke, die die SVP- und die CVP-Fraktion veranlassen, dem GGR Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme zu stellen. Ganz ehrlich: haben alle das 31-seitige Konzept und seine 7 Seiten Beilagen wirklich verstanden? Ob tatsächlich so umfangreich festgestellt werden muss, dass (Zitat): "Das Zusammenleben der Menschen in der Stadt von Kindern und Jugendlichen mehrheitlich als gut empfunden wird" (Zitatende) oder, dass ebenfalls erfreulicherweise festgestellt wird, dass "grundsätzlich ein reiches und gutes Angebot von Freizeitangeboten, Aktivitäten und Projekten vorhanden sei" ist erfreulich, bestärkt aber auch gleichzeitig die SVP- und CVP-Fraktion in ihrer Grundhaltung, hier Augenmass zu halten. Eher eigenartig mutet ein Resultat an, dass auf Seite 7 zu finden ist, nämlich die Beurteilung, dass "viele Beratungs-, Unterstützungs- und Fachangebote bestehen, dass die Jugendlichen diese aber nur teilweise nutzen". Und noch mehr verwundert die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird: Mit den Leitsätzen und den konkreten Massnahmen, z.B. mit dem Punkt 5.1.5. auf Seite 26 soll doch tatsächlich "das Informationsangebot für Kinder und Jugendliche verbessert werden" oder eine Zeile weiter: "die mobile Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut werden". Eine echte Strategie, die diesen Namen verdient, ist hier schlichtweg nicht erkennbar! Ein zweiter

Grund für die ablehnende Kenntnisnahme: Enttäuscht und erzürnt hat auch die komplette Negierung des Vernehmlassungsverfahrens. Das Datum des Konzeptes trägt noch immer das Datum vom 9. Dezember, also vor der durchgeführten Vernehmlassung. Nichts wurde auch nur ansatzweise ernst genommen. Es entzieht sich Hugo Halters Kenntnis, ob andere Fraktionen bei dieser Vernehmlassung mitgewirkt haben. Jedenfalls aber ist die von der CVP-Fraktion sorgfältig und recht umfangreich – mit zahlreichen Begriffsklärungen und ernsthaften Vorbehalten gegenüber dem Entwurf des Konzeptes – verfasste Stellungnahme schlichtweg ignoriert worden. Die begleitende Kommission hat sie ganz offensichtlich kaum zur Kenntnis genommen, jedenfalls aber nicht ernsthaft diskutiert. Was sollte denn diese Vernehmlassung, war sie eine reine Alibiübung? Diese Art von Umgang mit all jenen, die sich die Mühe gemacht haben, die Papiere sorgfältig und kritisch zu prüfen, und die ernstzunehmende Anträge und Anregungen eingebracht haben, verdient mehr Respekt. Dass die einzige mögliche Konsequenz eine ablehnende Kenntnisnahme ist, erscheint logisch. Zum Dritten: Es ist die Rede von einem Kinder- und Jugendkonzept. Was wird damit gemeint? Die verschiedenen Alterskategorien von Kleinkindern bis zu den 18-Jährigen werden undifferenziert in ein Paket gepackt, vermischt, durcheinander gebracht. Eines ist doch wohl allen klar. Kleinkinder, Kindergärtner, Grundschüler, Oberstufenschüler und heranwachsende Jugendliche haben ganz sicher nicht die gleichen Bedürfnisse. Aber – das Konzept nimmt diese Tatsache kaum zur Kenntnis. Im Weiteren: Die CVP-Fraktion stellt Kompetenzvermischungen mit vorhandenen öffentlichen und sozialen Stellen fest, die ihres Erachtens so nicht von Gutem sein können. Es werden Schnittstellen geschaffen, die im Laufe der Zeit wohl immer mehr von der Abteilung „Kind Jugend Familie“ ausgenützt werden dürften, für mehr Einflussnahme auf die zahlreichen privaten Jugendorganisationen und –Einrichtungen. Das will die CVP-Fraktion so nicht. Schliesslich: Die SVP- und CVP-Fraktion stören die zahlreichen im Konzept angedeuteten Begehrlichkeiten, die – zwar nicht alle schon 2011, aber kontinuierlich im Verlauf der nächsten Jahre – locker in die Budgetplanung einfließen werden, mit dem Hinweis auf das „genehmigte“ Kinder- und Jugendkonzept. Wenn dann im GGR kritische Fragen und Streichungsanträge gestellt werden, wird mit jeder Garantie auf das heute vorliegende Konzept hingewiesen werden, das dann als Fundament für nicht unerhebliche Folgekosten dienen wird. Das jetzt noch scheinbar Unverbindliche wird dann automatisch und rasch zur verbindlichen Richtschnur. Das will die SVP- und CVP-Fraktion so nicht! Und noch etwas: Die Fachstelle „Kind Jugend Familie“ soll sich auf das beschränken, was sie tun muss, und was sie tatsächlich gut macht: die Organisation und Betreuung der Mittagstische und die anschliessende Betreuung der Schulkinder auf den verschiedenen Schulgeländen. Generell vermittelt das Ganze den Eindruck: "Der Staat übernimmt sukzessive die gesamte Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche". Der Hinweis auf Seite 11, wonach "keine Verstaatlichung von Kindheit und Jugend betrieben werden soll", "aber dort eingesprungen werden soll, wo Lücken nicht durch andere Träger geschlossen werden können" kann schlichtweg so nicht nachvollzogen werden. Viel zu wenig gewürdigt wird die hervorragende Arbeit in den zahlreichen Vereinen und Organisationen, von allen möglichen Sportarten über die Pfadi und die musikalisch tätigen Vereine bis zum Schachclub und zur Ballettschule etc.etc. Dabei sind es doch gerade diese Ver-

eine, welche den höchst unterschiedlichen Anlagen und Bedürfnissen der heranwachsenden Generation weitaus besser Rechnung tragen als jeder staatlich organisierte Einheitsbrei. Gestützt auf eine im Bericht herauskristallisierte Erkenntnis auf Seite 7, dass nämlich "...grundsätzlich ein reiches und gutes Angebot an Freizeitangeboten, Aktivitäten und Projekten bestehe", erlaubt sich Hugo Halter den Hinweis: Ja, dann sollen diese Angebote auch genutzt werden! Sehr viele Vereine in der Stadt Zug freuen sich auf viele motivierte Jungmitglieder. Die CVP- und SVP-Fraktion bitten daher den GGR, den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme zu unterstützen.

Vroni Straub: Die Fraktion Alternative-CSP dankt zuerst allen Akteurinnen und Akteuren, die an der Erarbeitung dieses Kinder- und Jugendkonzeptes mitgewirkt haben. Viele oder sehr viele davon unentgeltlich. Vroni Straub selber hat an einem Samstag im Rahmen eines Zukunftsworkshops mitgearbeitet und dort das Engagement aller Beteiligten miterlebt. Natürlich, dieses Konzept ist ein Gerüst, ein politisches Gerüst, eine Grundlage. Aber gerade diese Grundlage gibt vielen v.a. auch privaten Initiativen eine politische Rückendeckung. Von dieser Warte aus gesehen begrüsst die Fraktion Alternative-CSP dieses Konzept. Doch weder ein Kinder- und Jugendkonzept, noch Lehrerinnen und Lehrer und auch nicht die Polizei können gesellschaftliche Probleme lösen. Probleme, die auftreten, wenn die Erziehungsfunktionen in den Familien schief hängen oder wenn soziale, kulturelle und auch ökonomische Ausgangslagen den Start von etlichen Jugendlichen erschweren. Das Konzept hat aber einen Massnahmenplan. Und dieser konkrete Massnahmenplan muss auf die Zugerischen Verhältnisse ausgerichtet sein. So müssen in Zug nämlich vermehrt Freiräume erhalten oder halt geschaffen werden, damit Jugendliche Platz für ein Zusammensein haben. Das ist schwierig zu realisieren, weil vieles an Institutionen und regelnde Instanzen delegiert wird. In der Stadt Zug müssen Jugendliche arbeiten und wohnen können, auch das ist schwierig zu realisieren, alle wissen wieso. Die Jugendlichen, irgendwie immer „problematisierend“ dargestellt, wollen nämlich Verantwortung übernehmen, sie brauchen aber auch die Möglichkeiten dazu. Abschliessend ist es Vroni Straub wichtig, zu sagen, dass allfällig neu gesprochene Gelder hoffentlich nicht in Hochglanz-Events, in Verwaltungs- Konzept- oder Projektideen mit wenig Basiskontakt versickern, sondern sie sollen direkt vor Ort mit dem Fachwissen der Leute, die nahe bei der Jugend sind, eingesetzt werden. Und bisschen liegt es auch beim GGR, dass dieses Konzept praxistauglich umgesetzt werden kann und eben nicht zu einem Ladenhüter wird.

Simone Gschwind: Das nun vorliegende ausführliche Konzept bietet eine gute und solide Grundlage für die Erarbeitung konkreter Vorgehensweisen und Projekte für und mit Kindern und Jugendlichen. All den vielen Mitwirkenden in den verschiedenen Phasen der Erarbeitung des Konzepts gilt der Dank der SP-Fraktion, ohne sie wäre ein so breit gefächertes Konzept kaum entstanden. Nun stehen die Politikerinnen und Politiker in der Pflicht. Die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendliche müssen auch von ihnen einbezogen werden. Bei den Arbeiten am Konzept war die "Platznot" der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Zug ein grosses Thema: „Das Verschwinden von öffentlichem Raum, gestaltbaren Frei- und Spielräumen kommt deutlich zur Sprache“.

Kinder und Jugendliche brauchen Platz in Zug, sie müssen auch bei der Gestaltung ihres Lebensraumes einbezogen werden. Es ist zu hoffen, dass der Massnahmenplan dafür auch als Leitfaden dienen wird. Am Konzept schätzt die SP-Fraktion, dass die Zielgruppe sehr breit definiert wurde, dass nun klare Kriterien für die Unterstützung von Vereinen und Jugendorganisationen erarbeitet werden, Grundsätze der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bestehen und die Zusammenarbeit der Stadt mit den übrigen Trägern im Kinder- und Jugendbereich gefördert und weiter vernetzt werden soll. Denn eine bessere Vernetzung der Beratungs-, Unterstützungs- und Fachanbietenden und Koordination spart Ressourcen. Ohne die Politikerinnen und Politiker geht's nicht! Sie müssen Hand bieten, damit das Gewicht der Kinder- und Jugendpolitik zum Ausdruck kommen kann. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die ausgearbeiteten Vorschläge der Abteilung Kind Jugend Familie. Es ist wichtig, dass die Abteilung offiziell als Vertreterin der Anliegen aus dem Kinder- und Jugendbereich fungieren und Instrumenten für Controlling der Angebote entwickeln kann. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die Leit- und Grundsätze, nach denen die künftige Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt ausgerichtet werden soll, die volle Unterstützung verdienen und zukunftsweisend sind. Es steht viel Arbeit an. Wichtig ist, dass nun der eingeschlagene Weg fortgeführt werden kann. Die SP-Fraktion hat eine kinderverträglichere Stadt zum Ziel. Zu Hugo Halter sei vermerkt, dass Simone Gschwind das Konzept und die Beilagen gelesen und verstanden hat. Das Konzept ist keine Strategie, sondern ein Konzept. Auch Simone Gschwind hat bei der Vernehmlassung mitgewirkt. Ihre Bemängelungen wurden grossmehrheitlich aufgenommen. Kinder und Jugendliche werden nicht undifferenziert vermischt. So gibt es beispielsweise bei den Grundsätzen eine Unterscheidung von Kindern und Jugendlichen der verschiedenen Altersstufen. Auch die Vereinsarbeit wird mit Sicherheit genügend gewürdigt.

Barbara Hotz: Unter grosser Beteiligung und Berücksichtigung aller Zielgruppen von 5 bis 25 Jahren wurde das vorliegende Konzept erarbeitet. Als erste Feststellung wird im Konzept auf Seite 6 von 31 festgehalten: „Das Zusammenleben der Menschen in der Stadt Zug wird von Kindern und Jugendlichen mehrheitlich als gut empfunden.“ Was für eine schöne Aussage auf die man zu recht stolz sein darf! Diese für die heutige Zeit überaus wichtige und tolle Erkenntnis führt nun aber nicht etwa dazu, dass man feststellt, wie Vieles bereits gut und sehr gut ist, nein, der Bericht suggeriert mit seinen Thesen und Forderungen, dass Vieles zu verändern und verbessern sei. Dem stimmt die FDP-Fraktion nicht zu. Im Weiteren hätte sich die FDP-Fraktion von einem Konzept deutlich klarere, fassbarere Aussagen gewünscht. Sätze, wie sie in der Einleitung auf Seite 4 geschrieben sind, zeugen nicht von Mut und Überzeugung der eigenen Arbeit: Zitat: „Der Vergleich mit anderen Städten vergleichbarer Grösse lässt den Eindruck entstehen, dass die Entwicklung im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik und der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren in der Stadt Zug stagniert hat“. – Welches sind die anderen Städte vergleichbarer Grösse? Was heisst: „lässt den Eindruck entstehen“ konkret? Welche Entwicklung hat ganz konkret stagniert? – Die Schwammigkeit dieses Satzes zieht sich für die FDP-Fraktion durch das ganze Konzept. Unter den Ausführungen zu Raum: Lebensraum und Aktivitätsräume ist zu lesen (S. 7):

„Es gibt sehr viele Angebote (strukturierte), aber wenig unstrukturierte Möglichkeiten.“ Auch hier sei die Frage gestellt: werden mit diesem vorliegenden Konzept nicht nur weitere strukturierte Angebote geschaffen, wenn das vorliegende Konzept in dieser Form zu Kenntnis genommen wird? Nun ist die FDP-Fraktion beim eigentlichen Konzept und den Leitsätzen angelangt. Die Leitsätze sind sehr offen und vage formuliert, so dass jemand kaum Gründe dagegen finden wird. Auch die FDP-Fraktion kann ihnen zustimmen. Zu Leitsatz 2 möchte die FDP-Fraktion aber doch noch die Anmerkung machen, dass mit der angenommenen Bau- und Zonenordnung die Grundlage für die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Gemäss Definition ist ein Konzept ein formuliertes Gedankengerüst zur Realisierung von etwas. Diese Definition setzt voraus, dass mit einem Konzept nicht nur eine Datenerhebung und Interpretation vorgenommen wird, sondern man auch Massnahmen und Taten folgen lässt. Diese Taten sind im Massnahmenplan 2010/2011 festgehalten, und darin sind auch die dadurch entstehenden Kosten – meist nur mal für die Grundlagenbeschaffung - zu entnehmen. Mit der Kenntnisnahme des Kinder- und Jugendkonzeptes heisst der GGR auch den Massnahmenplan gut und damit die Schwerpunktthemen 2010/2011. Unter den Aktionen und Projekten 2010 kann gelesen werden, dass die Bewertung der Spielplätze der Stadt Zug durch das Bauamt im März-April 2010 terminiert resp. abgeschlossen sein soll. Nun sei aber an den Zwischenbericht Nr. 2057 des Stadtrates vom 3. November 2009, Spiel- und Schulhausplätze erinnert. Darin schrieb er im November 2009: Die Spielplätze der öffentlichen Anlagen sind bereits im letzten Winterhalbjahr hinsichtlich der sicherheitstechnischen Belange untersucht worden. Die Kosten von rund CHF 15'000.-- für die entsprechenden Untersuchungen aller Spielplätze auf den Schul- und Kindergartenarealen dagegen sind in das Budget für das Jahr 2010 aufgenommen worden. Diese Überprüfung hatte die Unfallverhütung im Sinne der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) zum Ziel. Wenn jetzt Kinder- und Jugendwünsche und Anliegen bei der Spielplatzplanung einfließen sollen, decken sich diese wohl nur schwerlich mit den Vorgaben des BfU. Erzeugt der Rat hier nicht eine falsche Erwartungshaltung? Es sei daran erinnert, dass das Bauamt für die öffentlichen Spielplätze, das Finanzamt für die Spielplätze der Schul- und Kindergartenareale zuständig ist. Dennoch bleibt die Frage offen, welche Bewertung denn gemäss Massnahmenplan vorgenommen werden müssen? Und wenn sie bereits im März-April 2010 abgeschlossen wurden, warum liegen denn die Resultate noch nicht vor? Alles in allem beinhaltet der Massnahmenplan einen zu grossen Handlungsspielraum, den der Rat bei positiver Kenntnisnahme dem Stadtrat in die Hände gibt. FDP-Fraktion setzt sich mit grosser Überzeugung dafür ein, konkrete Projekte und Vereine in der Jugendarbeit zu unterstützen. Die Vorlage „Pfadiheim“ bietet dazu schon sehr bald Gelegenheit. Hier leisten die Jungen etwas, sie verwirklichen ihre Ideen, sie Gestalten und sie geben weiteren Kindern die Möglichkeit, sich in Strukturen zu recht zu finden, etwas Sinnvolles in der Freizeit zu tun. Die Stadt stellt die Infrastruktur zur Verfügung aber die Jugend gestaltet. Die FDP-Fraktion will das Zusammenleben nicht überreglementieren, weitere Angebote kreieren, die dann wiederum nach Koordination und Führung rufen. Braucht der Stadtrat Geld für konkrete Projekte, dann soll er dies mit einer Vorlage schmackhaft machen; aber als Einzelfall und nicht als Generalabsolution. Aus den vorerwähnten Gründen stellt die FDP-Fraktion

den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme und wird diesen grösstmehrheitlich unterstützen.

Alice Landtwing: Die Umfrage hat offensichtlich ein ganz positives Bild gezeigt. Bei Punkt 2, Seite 2 von 7 steht, Zitat „Die Resultate der Bestandesaufnahme vom Mai 2009 ergeben zudem ein repräsentatives Bild der Situation von Kindern und Jugendlichen in Zug. Es zeigt sich, dass das Zusammenleben in der Stadt Zug von Kindern und Jugendlichen mehrheitlich als gut empfunden wird und es ein vielfältiges Angebot im Bereich Freizeit, Aktivitäten und Projekte gibt. Viele Kinder und Jugendliche sind sehr zufrieden und fühlen sich in Zug wohl.“ Jedoch steht unter Punkt 3, Seite 6 von 31 unten (Zitat): „ Die Gruppenbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund löst Unbehagen aus“ usf. Aber wie man dieses Grundgefühl und das betrifft jetzt nicht nur die Kinder und Jugendliche, nein auch die Erwachsenen, beseitigen will, findet man im ganzen Bericht keine Hilfe. In diesem Bereich sind doch die Hebel anzusetzen. Alle erwähnten Angebote stehen auch diesen jungen Menschen offen, es besteht also Chancengleichheit. Es geht hier vielmehr um die Verlässlichkeit, die gewisse Jugendliche vermissen lassen. Gerade diese Gruppe von Jugendlichen brauchen Strukturen und Führung, ihnen ist zur Integration in die Gemeinschaft, mit offenen Veranstaltungen nicht gedient. Alice Landtwing appelliert an alle Anwesenden, dieses Problem anzugehen, die Gemeindeautonomie wahrzunehmen und nicht zuzuwarten, bis der Kanton per Gesetz wieder vorschreibt, wie es gemacht werden muss. Betreffend Partizipation im politischen Bereich: bis vor ein paar Jahren haben Stadt und Kanton Zug ein Jugendparlament mitfinanziert, es wurde dann aus Desinteresse aufgelöst. Betreffend Lehrstellenproblem: Ab dem neuen Schuljahr wird in der Oberstufe mittels „Stellwerk“ dieses vielschichtige Problem angegangen, hier muss die Stadt sicher nicht noch zusätzliche Angebote anbieten. Fazit: Solche Konzepte sollten von Organisationen gemacht werden, die sich in den örtlichen Verhältnissen auskennen und nicht Zürich, Basel und Bern als Vergleich heranziehen. Am Samstag war Alice Landtwing an der Eröffnung des „Tüffellabor Einstein“ im alten Kantonsspital. In dieser Werkstatt stehen Kinder und Jugendliche ein vielfältiges Angebot quer durch viele Materialien, Techniken und Themen zur Verfügung. Ein Angebot, das es verdient, auch von der Stadt finanziell unterstützt zu werden. Hier gibt es auch nichts zu steuern oder zu vernetzen, diese Leute habens definitiv im Griff.

Stadtrat Ivo Romer: Eine breite Diskussion zu diesem Thema würde vermutlich mehr als nur eine Sitzung hier in diesem Rat in Anspruch nehmen. Ein Konzept ist keine Strategie. Das liegt in der Natur der Sache und von daher ist das auch zur Kenntnis zu nehmen, wenn auch in ablehnendem Sinne. Die Meinungen dazu sind gemacht: man nimmt ablehnend Kenntnis von diesem Kinder- und Jugendkonzept. Das ist zwar bedauerlich, aber nicht zu ändern. Die Hausaufgaben dazu können auch mit in die Sommerferien genommen werden. In der Vernehmlassung wurden alle Eingaben gewürdigt. Es konnten aber nicht alle gleichgewichtig Eingang finden. Wenn sich jemand übergangen fühlt, ist das bedauerlich. Es entspricht aber nicht einer Systematik, kritische Stimmen einfach auszublenden. Den sogenannten aufgezählten Begehrlichkeiten

kann der GGR bei entsprechenden Vorlagen, die folgen werden, den Riegel schieben. Gerade die Unterstützung der bestehenden Vereine, welche bereits grosse Arbeit in der Stadt Zug leisten, dient der Optimierung der Zusammenarbeit. Es geht nicht primär um eine ausufernde Angebotsausweitung. Sonst wäre dies als Kernbotschaft falsch verstanden worden. Im Massnahmenplan sind nicht sehr viele neue Positionen enthalten. Vieles ist bekannt. Aus Transparenzgründen ist aufgezeigt worden, was von diesem Rat bereits gesprochen wurde. Der Massnahmenplan zeigt daher auch auf, wo die Stadt Zug heute steht und wo weitere Schritte sinnvoll erscheinen mögen. Es geht aber nicht um die Einführung von Automatismen, sondern darum, aufzuzeigen, wo die Reise hingehen könnte. Es liegt an der Flughöhe von Konzepten, dass sie einer Konkretisierung via Massnahmenplan bedürfen. Die Realisierung als solches ist also nicht die Sache des Konzeptes. Zum Thema Prävention sei festgehalten, dass gerade der Sicherheitsbericht auch in diesem Bereich ein Konzept unterstützt. Von daher dient das Konzept grossteils auch als Orientierungshilfe. Konkret wurde der Neubau des Pfadfinderinnenheims erwähnt. Die entsprechenden Begründungen stammen auch aus dem Konzept. Eine gewisse Begründung ist also geschaffen. Ob sie nun politisch gewürdigt wird oder nicht, sei diesem Rat überlassen. Stadtrat Ivo Romer stellt fest, dass er interessanterweise bis heute keine negativen, sondern nur positive Rückmeldungen erhalten hat. Das kann aber auch durchaus daran liegen, dass hier über Rahmenbedingungen gesprochen wird, die weiter erhalten oder neu geschaffen werden sollen. Es geht nicht darum, das Rad nochmals von Neuem zu erfinden.

### **Abstimmung**

über den Antrag von SVP-, CVP- und FDP-Fraktion für ablehnende Kenntnisnahme:  
Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 22 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 13 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 22:13 Stimmen vom Bericht des Stadtrats betr. Kinder- und Jugendkonzept der Stadt Zug ablehnend Kenntnis genommen hat.

## 11. Mitteilungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Per Mail haben die GGR-Mitglieder eine Einladung zum Plausch-Hockeymatch erhalten. Es wäre schön, wenn der GGR zahlreich sowohl im Publikum wie auch als Spieler anwesend wäre.

Zur Einladung zum GGR-Ausflug sei noch Folgendes ergänzt: Da sich alle wandernd unterwegs sein und sich daher auch über die Mittagszeit im Freien aufhalten werden, ist entsprechend wettergerechte Kleidung erforderlich.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 24. August 2010, 17.00 Uhr**

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber